

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAFEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAFEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28. Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Seehausstraße 8. — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verlagsmitglieder sowie Verlagsanstalten 15 Pfg. pro Zeile. Beträge nach Oberretaktant.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Eine neue Streik- und Aussperrungsversicherung. Rundschau. Politische Monatsschau. Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1912. V. Fragen der Arbeitslosenfürsorge. Adressen. Änderungen. — **Allgemeines:** Rückblicke auf die Stuttgarter Tagung. III. Ortsberichte: Eiberfeld, Ilmenau, Wurzen. — **Die photomech. Fächer:** Aus der Statistik der Zentralkommission der Chemigraphen und Kupferdrucker, I. Fortschritt oder Stagnation, II. Technischer Unsinn und anderes im Chemigraphentarif. Aus den Sektionen: Berlin, Magdeburg. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Bramsche, Coswig. — **Anzeigen** (mit Totenliste).

Bekanntmachungen.

Achtung, Brasilien.

Die Firma Weißflug Irmaos und die Privatlithographie Broszkowsky & Schäfer, beide in Sao Paulo (Brasilien), sind gesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Deutscher Graphischer Verband.

Eine neue Streik- und Aussperrungsversicherung.

Das organisierte Unternehmertum in Deutschland scharte sich bis zum April dieses Jahres um zwei Zentralen: die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und den Verein Deutscher Arbeitgeberverbände. Von dem genannten Zeitpunkt ab haben sich aber diese beiden bis dahin getrennt marschierenden großen Unternehmerorganisationen, wie auch in der »Gr. Pr.« bereits mitgeteilt wurde, unter dem Namen Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu einem einheitlichen Kampfverbande gegen die Arbeiter zusammengeslossen. Die Hauptaufgabe dieser Zentralorganisation des deutschen Unternehmertums soll die Erledigung solcher Fragen sein, die für alle Unternehmer die gleiche Bedeutung haben, während alle Fragen, in denen die Interessen und infolgedessen auch die Meinungen der verschiedenen Zweige des Unternehmertums auseinandergehen, wie z. B. die Fragen des Kartellwesens, der Zoll- und Handelspolitik usw., nicht erörtert werden sollen. Die gleiche Bedeutung für alle Unternehmer hat das Streben auf Erzielung eines möglichst hohen Mehrwerts aus der Arbeitskraft der Arbeiter und die Verringerung und möglichste Überwindung der Widerstände, die einer sdrankenlosen Mehrwertschöpfung, d. h. also einer durch nichts gehinderten Arbeiterausbeutung entgegenstehen. Die entscheidenden und erfolgreichen Träger dieser Widerstände sind aber nur die Gewerkschaften. Die Hauptaufgabe der neuen Unternehmerzentrale spitzt sich also zu und läßt sich zusammenfassen in die knappe Formel: Kampf gegen die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen.

Diesem Zwecke dient denn auch die erste Lebensäußerung der neuen Unternehmerzentralorganisation: die Begründung einer Streikversicherungs-gesellschaft. Das geht mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus einer offiziellen Veröffentlichung der neuen Vereinigung in Nr. 35 der »Deutschen Arbeitgeberzeitung« hervor, durch die die Schaffung der Streikversicherung bekanntgegeben wird. Darin wird gesagt: »Mit der wachsenden finanziellen und organisatorischen Rüstung der Kampfwerk-

schaften ist die Streikgefahr für die Industrie zu einer allgemeinen und täglich drohenden Kalamität geworden. Ereignisse gerade der jüngsten Zeit haben bewiesen, daß es den Gewerkschaftsführern selbst kaum noch mit den größten Anstrengungen möglich ist, ihre Massen in Disziplin zu halten, die, pochend auf ihre gefüllten Gewerkschaftskassen, sich in ihrer Streiklust nicht zügeln lassen wollen. So stehen die industriellen Betriebe unter dem unerträglichem Druck eines fortwährenden Streikrisikos, welches die Aufrechterhaltung einer stetigen und geregelten Produktion jeden Augenblick gefährdet. Die Unternehmer folgen daher nur einem zwingenden Gebot der Selbsterhaltung und handeln zugleich im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, wenn sie sich gegen diese Gefahr mit allen Mitteln schützen. Durch solidarisches Zusammengehen bei allen Arbeitsstreitigkeiten und durch Bereitstellen starker Streikabwehrfonds suchen die in den Arbeitgeberverbänden organisierten Unternehmer in erster Linie den ungerechtfertigten Angriffen der Gewerkschaften entgegenzutreten und die Position des Unternehmers zu verteidigen.»

Was die Unternehmer und ihre Organisationen als »ungerechtfertigte Angriffe der Gewerkschaften« betrachten, das haben gleich den Unternehmern vieler anderen Gewerbe gerade auch die organisierten Steindruckunternehmer gezeigt, die bei dem letzten großen Kampfe bemüht waren, auch den berechtigtesten Forderungen auf eine Anpassung der Löhne an die herrschende Teuerung und den bescheidensten Ansprüchen auf eine der gesteigerten Intensität der Arbeit entsprechende Arbeitszeitverkürzung jede Berechtigung abzuspreden. Daraus ergibt sich schon, daß die neue Streikversicherung der Niederknüppelung möglichst aller Arbeiterforderungen dienen soll.

Die Streikversicherung, mit deren Einführung die Vereinigung, wie es am Schluß ihrer Veröffentlichung heißt, »dem System ihrer Abwehrmittel ein wertvolles Glied eingefügt und einen weiteren Schritt zur organisatorischen und solidarischen Stärkung des deutschen Unternehmertums getan« zu haben glaubt, ist natürlich kein neues Kampfmittel des organisierten Unternehmertums. Waren doch schon im Jahre 1911 nicht weniger als 127424 Firmen mit 4027440 Arbeitern gegen Streik- und Aussperrungsschäden versichert. Daher reflektiert auch die neue Zentralorganisation der Unternehmer mit ihrer Streikversicherung vorwiegend auf den Anschluß solcher Unternehmerverbände, »deren besondere Verhältnisse die Schaffung einer eigenen Streikversicherungseinrichtung für ihre Mitglieder nicht gestatten« und auf solche Einzelfirmen, die einem Unternehmerverbände nicht angehören. Daraus geht hervor, daß die Streikversicherung der Vereinigung auch ein großzügiges Werbemittel für die Unternehmerverbände sein und dazu beitragen soll, das ganze Kapital gegen die Arbeiterbewegung kampfbereit zu machen.

Über die Grundlage, auf der die Streikversicherung der Vereinigung der deutschen

Arbeitgeberverbände aufgebaut sein soll, gibt eine Agitationschrift Auskunft, nach der jedes streikversicherte Mitglied ein einmaliges Eintrittsgeld von 25 Pfg. und einen Jahresbeitrag von 1 Mk. für 1000 Mk. der an die von ihm beschäftigten Arbeiter gezahlten Jahreslohnsomme zu entrichten hat. Die Streikentschädigung, die nach einer Karenzzeit von 4 Wochen gewährt wird, beträgt 25 Proz. des auf die streikenden Arbeiter entfallenden durchschnittlichen Lohnes. Bei Aussperrungen werden 25 Proz. geleistet, wenn die Zahl der Aussperrten bei einer einzelnen Firma nicht mehr als 300 beträgt; bei 300 bis 600 Aussperrten sollen 20 Proz. und bei mehr als 600 Aussperrten sollen 15 Proz. bewilligt werden. Kein Mitglied soll zu irgendwelchen Beitragsnachschüssen veranlaßt werden. Daher soll zu deren Vermeidung und auch zur Vermeidung von Zahlungsunfähigkeit eine Kürzung der Entschädigungen zulässig sein. Der Austritt muß sechs Monate vorher angekündigt werden. Ausgetretenen Firmen kann beim Wiedereintritt die volle Nachzahlung der versäumten Beiträge auferlegt werden. Durch die Rückversicherung ihrer Streikentschädigungsgesellschaft bei der Vereinigung selbst soll jedes Risiko der versicherten Firmen als ausgeschlossen gelten; sie wird als eine Garantie bezeichnet, die anderen freiarbeitenden Streikversicherungsgesellschaften vollständig fehle. Um jeder Neigung der Versicherten zur friedlichen Verständigung mit der organisierten Arbeiterschaft und zu Konzessionen an die Gewerkschaften vom reinen Versicherungsstandpunkte aus vorzubeugen, wird als Ausgleich für die Rückdeckung, die die Vereinigung ihrer Streikversicherung gewährt, in der Werbeschrift ausdrücklich die unbedingte Unterordnung der Streikentschädigungsgesellschaft unter die Beschlüsse der Vereinigung, d. h. also unter die Befehle der Scharfmacher proklamiert. Begründend heißt es dazu: »Würde die Streikversicherung selbständig sein, so würde das Interesse der Industriellen wie der Öffentlichkeit an den sozialen Kämpfen, an dem Recht und Unrechte der Parteien bald erlahmen und der Vorteil könnte nur den Gewerkschaften zugute kommen!«

Diese Proben werden zur Kennzeichnung des Wesens der neuen Streikversicherung vollständig genügen, das allerdings bereits durch die Eigenschaft der Vereinigung, die sie begründete, als einer reinen scharfmacherischen Kampforganisation zur Genüge charakterisiert wurde. Abgesehen davon, daß der hohe Prozentsatz der Lohnsumme streikender oder ausgesperrter Arbeiter, der den bestreikten oder aussperrenden Unternehmern als Entschädigung gewährt werden soll, einen Begriff von den Riesengewinnen zuläßt, die das Unternehmertum aus der Arbeitskraft jedes einzelnen Arbeiters herauschindet, wird die neue Streikversicherung durch die Gewährung der Entschädigungen auch im Falle der Aussperrung der Arbeiter durch das Unternehmertum als ein Angriffsmittel der Scharfmacher genügend gekennzeichnet.

Die Arbeiterschaft muß und wird aus diesem Charakter der neuen Streikversicherung erkennen müssen, was sie von der geschlossenen Zentralorganisation und ihrer Streikentschädigungsgesellschaft zu erwarten hat, und sie wird die richtigen Lehren aus dieser Erkenntnis zu ziehen haben. Die Gewinnung der Unorganisierten und der weitere Ausbau jeder einzelnen Organisation muß energischer als je gefördert werden. Die Beseitigung der Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in drei verschiedene Richtungen, die sich beim letzten Kampfe der Bergleute im Ruhrgebiet wieder in ihrer ganzen selbstmörderischen Schädlichkeit für die entschiedene Vertretung der Arbeiterinteressen offenbarte, muß angesichts der strengen Zentralisation des Unternehmertums mit allem Nachdruck betrieben werden. Vor allen Dingen ist der zentralen Streikversicherung der Unternehmer die straffe Zentralisierung der gegenseitigen Hilfeleistung der Gewerkschaften gegenüberzustellen. Nur so wird die Widerstandskraft der Arbeiterschaft gehoben und jeder Schlag, den das Scharfmachertum mit seiner neugeschliffenen Waffe der Streik- und Aussperrungsversicherung zu führen versucht, wirkungsvoll pariert werden können.

Rundschau.

Die Neue Bromsilberkonvention hat, wie wir dem Berliner Tageblatt entnehmen, die bereits in der vorigen Nr. der Gr. Pr. erwähnte Preiserhöhung auf folgender Grundlage verwirklicht: Die bisherigen Preise für Bromsilberpostkarten betragen pro Hundert:

für schwarze matte Karten	5,50 Mk.
für matte kolorierte Karten	8,— Mk.
für braune Karten	6,— Mk.
für braune kolorierte Karten	9,— Mk.

Diese Preise waren zu Beginn des Jahres gelegentlich der Erneuerung der Bromsilberkonvention stimuliert worden und bedeuteten gegenüber den früheren Preisen eine Erhöhung um etwa 1 Mk. Die jetzt vollzogene neue Preiserhöhung beträgt weitere 2 Mark pro Tausend Karten.

Ein Lehrstuhl für Graphik und Reklamekunst ist an der technischen Hochschule in Berlin errichtet und dem Maler und Reklamesachverständigen Herrn Ernst Neumann übertragen worden.

Aus den Handelskammerberichten 1912. Stuttgart. Im Gegensatz zum Buchdruckgewerbe herrschte in den verwandten Branchen, dem Lithographie- und dem Steindruckgewerbe, während des ganzen Jahres ein lebhafter Geschäftsgang. Die Gewinnergebnisse ließen aber, ebenfalls wie im Buchdruckgewerbe, zu wünschen übrig. Die Klischeefabrikation hatte wie im Vorjahre vorwiegend einen guten Geschäftsgang und die Verkaufspreise waren befriedigend.

Versicherungsbank in Düsseldorf. Zu den Mitteilungen, die in der gleichnamigen Rundschau-Nr. 36 der Gr. Pr. über den Lithographen August Wernicke gemacht wurden, teilt uns ein Bekannter Wernickes mit, daß letzterer der Vereinsversicherungsbank nicht angehört habe und daß daher sein freiwilliges Schließen aus dem Leben nicht auf den Zusammenbruch der Versicherungsbank zurückgeführt werden könne. Wir haben keine Veranlassung, dem Einsender dieser Mitteilung mehr Glauben zu schenken als unserm Gewährmann.

Der Schiffszimmererverband hat auf Grund eines Beschlusses sein im Mai abgehaltenen Verbandsjahres eine Urabstimmung über die Frage des Anschlusses an den Holzarbeiterverband veranstaltet. Von den 3712 Mitgliedern haben sich 2788 an der Abstimmung beteiligt. Davon stimmten 499 für den Anschluß und 2221 dagegen. 68 Stimmen mußten für ungültig erklärt werden. Der Anschluß ist also mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Verband wird in der bisherigen Form weiter bestehen bleiben.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Berlin hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, die bereits genehmigten Hoch- und Tiefbauten schleunigst in Angriff zu nehmen und im Winter fortzuführen und außerdem sofort die gemischte Deputation zur Beratung der Arbeitslosenversicherung einzuberufen. Diese aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bestehende Kommission ist zwar bereits im Jahre 1908 gewählt worden, von ihrer Tätigkeit hat man aber bisher sehr wenig gehört. Bei der in ihrer Mehrheit liberalen Stadtverwaltung ist das Verständnis für soziale Pflichten immer schwach entwickelt. Durch den von Neukölln an den Zweckverband Groß-Berlin gestellten Antrag, eine Arbeitslosenversicherung für das gesamte Gebiet des Zweckverbandes einzurichten, ist diese Frage erneut in Fluß gebracht worden. Allerdings kann der Zweckverband als solcher eine Arbeitslosenversicherung nicht einführen, weil ihm das nach dem Stande der Gesetzgebung nicht gestattet ist,

dagegen soll die Regelung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsvermittlung auf einer Konferenz der Gemeindevertretungen von Berlin und den Nachbarorten in Angriff genommen werden.

Menschenkinder und Katzenkinder. Im Briefkasten der Beilage einer bürgerlichen Zeitung finden wir die nachstehenden Pflegevorschriften für ein erkranktes Kätzchen: »Dr. J. Wenn irgend möglich, mag die Gesundheit des an Durchfall erkrankten Kätzchens ohne Arznei zustande kommen. Wahrscheinlich erkrankte es nur, weil es bisher ohne jede Pflege war. Die kleine Patientin ist warm zu betten; als Getränk erhalte sie möglichst warmen Pfefferminztee, nötigenfalls vermischt mit Milch. Als Futter komme hinzu feingehacktes Rindfleisch, allein oder untermischt mit Eidotter, gekochte und dann gleichfalls gehackte Rinds- oder Kalbsleber, der gleichfalls zuweilen Eidotter beigegeben werde, sowie in Milch geweidete, albaikne Semmel. Die Milch muß stets recht frisch und darf vor allem niemals gewässert sein. Abwehrend mit Milch erhalte die Katze ferner gute Fleischbrühe mit weidgekochten Kalbfleischstückchen.« Wieviele unserer Kollegen sind wohl imstande, ihren erkrankten Kindern auch nur annähernd eine solche Pflege zukommen zu lassen, wie sie hier für junge Katzen vorgeschrieben wird?

Der Verband der Hausarztvereine, eine Einrichtung, die von organisierten Arbeitern ins Leben gerufen wurde, umlaßt in Berlin etwa 16000 Familien mit über 70000 Angehörigen. Der Zweck dieser Organisation ist es, den Familienangehörigen krankenversicherungspflichtiger Personen die ärztliche Behandlung zu sichern. Zur Inanspruchnahme des Arztes ist keine besondere Krankmeldung usw. erforderlich, die Vorzeigung des Mitgliedsbuches beim Arzt genügt. Die Mitglieder sind nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, bei den geringsten Anzeichen einer Erkrankung den Arzt wie einen Hausarzt in Anspruch zu nehmen, um vorgebend und verhöhnd zu wirken. Für den geringen Beitrag von 25 Pf. pro Woche, der monatlich einkassiert wird, muß außer den genannten Vorteilen noch folgendes geboten: Freie Medizin bei akuten Erkrankungen, Verbandstoffe, Diphtherieserum, Atteste, Totenscheine, Monatszeitung mit Kinderbeilage, wissenschaftliche Vorträge, Kinderspielfläche, Samariterkurse, Verleihung von Badewannen für 10 bis 20 Pf. pro Woche, Großverkauf von Nährpräparaten, Stärkungsmitteln und sonstigen Krankenbedarfsartikeln und Abgabe an die Mitglieder zu Selbstkostenpreisen. In Aussicht genommen sind freie Hauspflege, Genesungshelme und Walderholungsstätten. Die Hausarztvereine sind also eine sehr segensreiche Institution, denen die weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

Aus dem Auslande.
Rußland. Bekanntlich hatte die russische Bürokratie der Organisation der Arbeiter des polygraphischen Gewerbes in den Ostseeprovinzen ein Ende gemacht. Aber die Gewerkschaftsbewegung richtet sich auch in Rußland immer wieder auf. Am 5. August russischen Stils ist die Registrierung des Status einer neuen Organisation unter dem Namen »Professioneller Verein der Arbeiter der Druckindustrie« erfolgt, dessen Tätigkeitsrayon sich auf die drei baltischen Gouvernements erstreckt. Als Mitglieder können dem Verein sämtliche Arbeiter des Buchgewerbes und verwandter Branchen angehören; 5 Zahlklassen sind vorgesehen. Der Sitz des Vorstandes befindet sich in Riga. Wir beglückwünschen unsere baltischen Kollegen zu ihrem Erfolge und begrüßen die junge Organisation als neuen, Mitkämpfer.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 15. September 1913.

Zwei Feiern zweier geistiger Welten. Die neue und die alte Macht. Katholisch-kirchliche Angelegenheiten. Der sozialdemokratische Parteitag. Fragen der Arbeiterbewegung. Kartell der reaktionären Arbeit. Vergebliche Hoffnungen der Reaktionäre.

Zur selben Stunde bewegten sich am 17. August zwei große Züge Menschen durch die Straßen zweier Städte: in der einen die Anhänger des alten, in der andern die Anhänger und Verkünder des neuen Evangeliums. Im waffenstarrten, mauerumringten Metz, der Festung ersten Ranges des deutschen, halbabsolutistischen Junker- und Pfaffenstaates, paradierten der katholische Volksverein, katholische Arbeiter- und Jünglingsvereine und sonstige Anhänger der katholischen Kirche, die das Reisegeld aufbringen konnten, vor ihren geistlichen und weltlichen Fürsten. Drüben, in der von Naturschönheiten, Seen, Bergen und Tälern umgebenen Hauptstadt der freien, demokratischen Schweiz, geleitete eine stille, ernste Menge, einen anderen Glauben im Herzen, den Führer der Arbeiterschaft aller Länder zur letzten Ruhe.

Ein merkwürdiges Zusammentreffen, diese Feiern der beiden stärksten internationalen Organisationen und der sie begleitenden Umstände! Dort in Zürich, der Spitze der Eidgenossenschaft, die schon Tausenden von politisch Verfehmten Zuflucht gewährte, verabschiedete sich von seinem Führer das Internationale Proletariat. Ausgerüstet mit dem Glauben an die Menschheit, den Fortschritt, das bessere Dasselbst geloben sich die Kämpfer am Grabe ihres Führers, gegen das Alte, Versteinerte hoffnungslos fortzuarbeiten für die Befreiung der Menschheit. Ihr Streben ist gerichtet auf die Beseitigung der bestehenden

Ungerechtigkeit, ihre Waffen sind der Geist und das Wort, ihre Unterstützung das Vertrauen der denkenden Massen zu der gerechten Sache. Die Bewegung selbst nimmt von Tag zu Tag zu. Anders in Metz. Die Stadt selbst ist eine Allegorie Deutschlands. Soldaten, Kasernen, Forts; Bischofsitz, Kathedrale, Lyzeum; Amts- und Landgericht. Die Massen, die sich da versammelten, beherrscht das Dogma. Ihre Vertreter blicken beklümmert in die Zukunft. Ihre Idee, ihr Dogma, ihr Glaube hat sich mit Blut und Brand die Welt erobert. Aber — sie sehen ihre Macht schwinden. Der neue Geist hält selten Einzug auch in die Reihen der Anhänger der katholischen Kirche. Diese hat früher die Geschicke der Völker gelenkt. Heute muß sie sich an die Regierungen um Hilfe wenden, weil sie sich aus einer Position nach der andern verdrängt sieht.

Trotz aller rauschenden Feste und berausenden Reden war der Grundton des ganzen Katholikentages gestimmt auf die Angst vor dem Gelstern des Unglaubens und Umsturzes, und auf die Bitte um Hilfe seitens der Regierungen. Auf welchen Gebieten die Kirche schon eingebüßt hat, das zeigen deutlich die gehaltenen Reden. So ererferte sich ein referierender Oberlehrer gegen die Simultanschule mit den Worten: »Unser Kinder mögen in der Schule noch so viel Kenntnisse angeeignet haben, wenn sie nicht die Religion in sich aufgenommen haben, kann nichts Ordentliches aus ihnen werden... Wenn der Verführer naht, dann nützen alle Kenntnisse nichts...« Pfarrer Meyer-München sorgte sich um die christlichen Gewerkschaften, indem er unter stürmischem Beifall verlangte, daß die katholischen Arbeiter auf die christlichen Organisationen hingewiesen werden müßten, »denn wenn die Leute die gewerkschaftliche Organisation nicht im Rücken haben, können wir ihnen keine Arbeit verschaffen; können wir ihnen aber keine Arbeit verschaffen, dann können wir sie auch nicht mehr von den sozialdemokratischen Gewerkschaften fernhalten.« Für das Wohl und Wehe der Landarbeiter fürchtete der Arbeiterführer Giesbert besonders wegen der »Volksfürsorge«: »Wenn je ein geschicktes Mittel erfunden worden ist, auf harmlose Weise in die Kleinstädte und auf das flache Land vorzudringen, so ist es diese von der Sozialdemokratie errichtete »Volksfürsorge«. Und mit bewegten Tönen beklagte Herr Liborius Gerstenberger den Abontenschwund der katholischen Presse, der zugleich einen Rückgang des Einflusses durch den Beilichstahl auf die katholische Bevölkerung im Gefolge habe. Wehklagend rief er aus: »Wo einmal in einer Familie ein kirchenfeindliches Blatt sich eingenistet hat, da wird der Pfarrer vergeblich predigen... Wer aber nichts Katholisches mehr liest, dem klingen bald überhaupt nicht mehr die Glocken aus Ohr. Überall also Hoffnungslosigkeit. Darum muß die Regierung die Schule konfessionell lassen; darum mußte Herr Bethmann sich nach Rom um Schutz der christlichen Gewerkschaften wenden; darum müssen auch — mehr katholische Beamte in Staatsstellen kommen. Auf den Katholikentagen soll keine Politik getrieben werden. Und doch war die schwarze Woche nicht anderes als eine Demonstration für die katholische Kirche — und das Zentrum gegen die Sozialdemokratie. Zwei in heftigem Kampfe liegende Welten hatten sich am 17. August versammelt. In Metz die herrschende Gewalt Kirche und Staat, in Zürich das sie ablösende Proletariat. Eine bange Ahnung von dem Umwandlungsprozess zitterte über der Metzger Tagung. Sie drückte sich aus in dem Referat des Justizrats Schmidt-Malnz, das schloß: »Die Zeit wird kommen, wo die Mächtigen dieser Erde vor den Entscheidungskampf gestellt werden gegenüber den unheimlichen Gewalten des staatlichen und gesellschaftlichen Umsturzes.«

Diese »unheimlichen Gewalten« beginnen nun heute im schönen Jena mit ihrer alljährlichen Tagung, der roten »Woche«. Schon rein äußerlich drückt es sich aus, daß die Tagungen in Metz und in Jena entgegengesetzten Zielen gelten, abgesehen davon, daß auf der einen nur vertreten ist, wer es sich auf eigene Kosten bieten kann, während sich die andere aus gewählten Vertretern zusammensetzt. Auf den Katholikentagen gibt es keine Diskussionen. Autoritäten halten Reden, die von den gläubigen Zuhörern widerspruchslos wie nach Kommando mit Beifall, Heiterkeitsausbrüchen und Pfuirufen begleitet werden. Auf den sozialdemokratischen Parteitagen dagegen wird von dem Redt der Kritik und der Redefreiheit ausgiebigster Gebrauch gemacht. Klammerte man sich in Metz an das Alte, weil man darin eine Macht verankert sieht, so werden in Jena von der neuen Macht Wege gesucht, die in die Höhen der Menschheit hinaufführen. Dazu bedarf es aber der freien Diskussion, des Kampfes der Meinungen zur Klärung dessen, was ist und was getan werden muß. Und da hat sich grade in den letzten Monaten ein Stoff aufgehäuft, der zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß geben wird.

Partei und Gewerkschaften befinden sich jetzt in einer Situation, die einem Gärungsprozess gleicht. Auf der einen Seite sind wohl Erfolge zu verzeichnen in organisatorischer Beziehung in den Gewerkschaften, und politisch bezüglich des Anwachsens der Zahl der Arbeitervertreter in den Parlamenten. Auf der anderen Seite dagegen sind nicht dementsprechende praktische, greifbare Resultate zu verzeichnen. Trotz der starken Mitgliederzunahme der Gewerkschaften vermögen diese selbst bei Lohn-

kämpfen, die mit der größten Aufopferung und Ausdauer geführt werden, nur die geringfügigsten Zugeständnisse von den Unternehmern zu erringen, wenn sie nicht, wie im Ruhrgebiet, gar resultatlos abgebrochen werden müssen. Das Volk mußte aber trotz der 110 sozialdemokratischen Reichstagsmandate die größte je ergründete Wehrvorlage schlucken. Als dabei wenigstens den Besitzenden, mit Hilfe der Sozialdemokraten die Kosten aufgehalst wurden, entspann sich auch darüber eine zum Teil scharf ablehnende Debatte. Dazu kommt noch der Stillstand in der preußischen Wahlrechtsfrage. All das hat, wenn auch nicht zu einer Verdrossenheit, wohl aber zu einem allgemeinen Unbefriedigtsein geführt, aus dem dann wieder eine Kritik an der Organisationsform und die verschiedensten Vorschläge zu neuen Kampfesformen entsprangen. Neben den Steuerproblemen bildeten in der Presse und in den Versammlungen das vielerörterte Thema »Massen und Führer«, der Gebärstreik und der Massenstreik die Themen des Tages. So erfreulich es nun an und für sich ist, das Leben, den suchenden Geist in den Organisationen zu erkennen und zu verfolgen, so darf doch nicht übersehen werden, daß der heutige Zustand einer gewissen scheinbaren Stagnation nichts Absonderliches an sich hat, sondern sich aus der Entwicklung der Verhältnisse herausbilden mußte. Kein Mensch hat wohl geglaubt, daß die herrschenden Klassen ruhig zusehen werden, wie sich ihre gegenwärtige Macht nach außen verstärkt und nach innen festigt. Wir haben vielmehr in den letzten Jahren immer deutlicher wahrnehmen können, daß sich die Scheidelinie zwischen den Besitzenden und dem Proletariat immer greller gestaltet, und die Zusammenballung auf jener Seite die Macht steigerte. Heute sind wir eben nun bereits so weit, daß wir es im wirtschaftlichen Kampfe nicht mehr mit einer Unternehmerorganisation zu tun haben, sondern mit dem ganzen Unternehmertum und daß im politischen Leben die Fälle immer seltener werden, wo wir mit einer bürgerlichen Partei einmal einen Vorstoß gegen die schärfste Reaktion machen können, überall steht der Arbeiterschaft im Kampfe eine geschlossene Front gegenüber. Nicht zu vergessen, daß von einer Geschlossenheit der Arbeiterbewegung gar nicht die Rede ist. So kann die Reaktion noch eine ganze Zeit im Vertrauen auf ihren Zusammenschluß, die zersetzenden Tendenzen der christlichen, gelben und sonstigen Arbeitervereine und die große Masse der Unorganisierten den Dingen zusehen, ehe sie zum entscheidenden Schlage greift, den sie aber auch nur ausführen wird, wenn sie sich nicht mehr anders helfen kann. Für die freie Arbeiterbewegung gibt es darum nichts anderes, als nicht zu verzweifeln an dem jetzigen Zustande, sondern die Ruhe zu behalten und in zäher Arbeit ihre Organisationen auszubauen um für den Entscheidungskampf gerüstet zu sein.

Dieser wird, wie die Wege der neuen Entwicklungsepoche zeigen, kein unpolitischer oder unwirtschaftlicher sein. In Leipzig haben in einer der letzten Wochen die Industriellen, die Mittelständler und die Landwirte einen Pakt geschlossen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und zum Raub des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Der Bülowblock ins Wirtschaftliche übertragen! Die größten wirtschaftlichen Unternehmervereinigungen setzen sich hinweg über das Trennende in ihren Bestrebungen, um gemeinsam die Politik des Reiches gegen die Arbeiterschaft stärker beeinflussen zu können.

Das ist der Wegweiser, wie in Zukunft alle Zweige der Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten haben und wie die Massenstreik- und anderen Fragen behandelt werden müssen. Davon wird sich auch der Parteitag leiten lassen und dafür sorgen, daß trotz alles vorhandenen Zündstoffes die Hoffnungen der Gegner zu schanden werden, die von dem Parteitag in Jena ein Jena der Sozialdemokratie erwarten.

Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1912.

V. Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Das Wirtschaftsjahr 1912 trug kein einheitliches Gepräge, sondern wies die widersprechendsten Züge auf. Im Bergbau, in der Maschinen- und Metallindustrie, sowie in der chemischen Industrie herrschte noch volle Hochkonjunktur, in der Textil-, Erd- und Stein- und Holzindustrie zeigten sich bereits die Einflüsse des Niedergangs, der im Baugewerbe in vollem Maße empfunden wurde. Die Beschäftigtenziffern waren im allgemeinen größer als im Jahre 1911, aber auch die Arbeitslosigkeit war größer geworden; sie stand in 8 Monaten des Berichtsjahres über dem Stand der gleichen Monate des Vorjahres und im Jahresdurchschnitt kamen 122,3 Arbeitssuchende (1911: 121,1) auf 100 offene Stellen. Unter diesen Einflüssen hatte auch die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung schwer zu leiden. Neben Verbänden mit erheblicher Mitgliederzunahme finden wir in anderen Verbänden schon Mitgliederverluste, und das letzte Quartal brachte sogar einen Rückgang der Gesamtziffer.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände zählten im Jahresdurchschnitt 1912 2 530 390 Mitglieder (gegen 2 320 986 im Vorjahre). Die Zunahme beträgt 9,02

Prozent (1911: 15,05 Proz.). Die Zahlen stellen sich am Schlusse des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2 559 781 Mitglieder (gegen 2 400 018 Ende 1911). Die Zunahme betrug hier aber nur 159 763 oder 6,44 Proz. In diesen Zahlen sind die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht eingeschlossen, die im Jahresdurchschnitt 1912 zusammen 22 772 und am Jahreschluß 23 714 Mitglieder zählten. Rechnet man diese hinzu, so musierten die freien Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1912 insgesamt 2 553 162 Mitglieder und am Schluß des Jahres 1912 2 583 495 Mitglieder.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1912 Mitglieder: Metallarbeiter 535 903, Bauarbeiter 335 560, Transportarbeiter 215 948, Fabrikarbeiter 202 026, Holzarbeiter 192 645, Textilarbeiter 140 217, Bergarbeiter 117 875, Buchdrucker 66 673, Zimmerer 61 872, Maler 51 631, Gemeindearbeiter 50 058, Brauer- und Mühlenarbeiter 49 834, Schneider 49 533, Schuhmacher 46 227, Tabakarbeiter 36 269, Buchbinder 32 374, Steinarbeiter 29 410, Bäcker und Konditoren 28 535, Maschinisten 25 761, Glasarbeiter 19 001, Handlungsgehilfen 17 485, Lithographen und Steindrucker 16 760, Porzellanarbeiter 16 575, Gastwirtsgehilfen 16 183, Buchdrucker-Hilfsarbeiter 15 751, Lederarbeiter 15 248, Sattler und Portefeuillier 14 166, Schmiede 12 874, Töpfer 12 057, Steinsetzer 10 939, Hutmacher 10 551, Tapezierer 10 434, Dachdecker 8 636, Böttcher 8 518, Bureauangestellte 7 253, Gärtner 6 950, Fleischer 6 172, Kupferschmiede 5 234, Glaser 4 670, Kürschner 3 810, Bildhauer 3 777, Schiffszimmerer 3 635, Lagerhalter 2 835, Friseur 2 532, Zivilmusiker 2 008, Zigarrensortierer 1 565, Asphalteure 1 249, Blumenarbeiter 1 168, Notenstecher 445, Xylographen 428. Die Landarbeiter zählten im Jahresdurchschnitt 17 023, die Hausangestellten 5 849 Mitglieder.

Die Organisation der gewerblich tätigen Mähdchen und Frauen bewegt sich ebenfalls in ständig aufsteigender Richtung. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der gewerkschaftlichen Zentralverbände ist von 191 332 im Jahresdurchschnitt 1911 auf 216 462 im Berichtsjahre gestiegen. Von je 100 Mitgliedern der Gewerkschaften waren 1911: 8,2, 1912: 8,6 weiblichen Geschlechts. In den beiden Verbänden der Hausangestellten und Landarbeiter kommen 5738 und 609, zusammen 6317 weibliche Mitglieder hinzu, so daß sich die Gesamtzahl der weiblichen Organisierten auf 222 809 beläuft. Am Jahreschlusse war die Zahl auf 228 670 gestiegen. In den einzelnen Verbänden wurden an weiblichen Mitgliedern gezählt: Textilarbeiter 53 363, Metallarbeiter 26 848, Fabrikarbeiter 25 146, Tabakarbeiter 17 918, Buchbinder 15 979, Handlungsgehilfen 10 810, Schneider 10 486, Schuhmacher 8 909, Buchdruckerhilfsarbeiter 8 750, Transportarbeiter 7 734, Holzarbeiter 6 884, Hutmacher 4 980, Bäcker und Konditoren 4 574, Porzellanarbeiter 3 329, Brauer- und Mühlenarbeiter 1 435, Gemeindearbeiter 1 371, Lederarbeiter 1 269, Kürschner 1 221, Gastwirtsgehilfen 1 157, Sattler und Portefeuillier 1 083, Glasarbeiter 1 000, Blumenarbeiter 648, Zigarrensortierer 481, Bureauangestellten 254, Fleischer 252, Steinarbeiter 195, Lagerhalter 163, Tapezierer 150, Maler 44, Gärtner 27, Friseure 2.

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände haben sich von 72 086 657 Mk. (1911) auf 80 233 575 Mk. erhöht, während die Gesamt-Ausgaben von 60 025 080 Mk. auf 61 105 675 Mk. wuchsen. Die Vermögensbestände erhöhten sich von 62 105 821 Mk. auf 80 797 786 Mk. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet betragen die Einnahmen 31,71 Mk. (1911: 31,06 Mk.), die Ausgaben 24,15 Mk. (1911: 25,86 Mk.) und die Vermögensbestände 31,93 Mk. (1911: 26,76 Mk.)

Von den Einnahmen entfielen über 64,5 Millionen auf Verbands- und 9,1 Millionen auf örtliche Beiträge. Die durchschnittlichen Einnahmen der Verbände pro Kopf der Mitglieder gehen auf 14,04 Mk. bei den Handlungsgehilfen herab, denen die Blumenarbeiter mit 15,61 Mk. am nächsten stehen, und gehen herauf auf 58,47 Mk. bei den Buchdruckern 64,19 Mk. bei den Notenstechern und 64,26 Mk. bei den Lithographen und Steindruckern.

Von den Gesamtausgaben entfielen u. a. auf Reiseunterstützung 1 179 102, Umzugsunterstützung 405 403, Arbeitslosenunterstützung 7 741 240, Arbeitsunfähigen-(Kranken-)Unterstützung 11 436 326, Invalidenunterstützung 528 080, Beihilfe in Sterbefällen 1 178 310, Beihilfe in Notfällen 515 846, Rechtsschutz 392 697 und Gemaßregeltenunterstützung 1 070 752 Mk., insgesamt also auf diese Unterstützungen 24 447 756 Mark; im Jahre 1911 wurden für diese Unterstützungen 21 374 014 Mk. verausgabt, woraus sich eine Steigerung um 3073 742 Mk. ergibt. Die Ausgaben für Bildungszwecke sind von 2 889 205 auf 3 220 911 Mk., für Agitation, Stellenvermittlung, Generalversammlungen und Verbindungen von 7 894 890 auf 9 064 744 Mk. und für Verwaltungskosten von 10 563 643 auf 11 625 608 Mk. gestiegen. Dagegen sind die Ausgaben für Lohnbewegungen einschließlich der Aufwendungen für die Tarifinstanzen von 17 303 328 auf 12 485 183 Mk. oder nahezu um 5 Millionen Mark zurückgegangen. Die durchschnittlichen Ausgaben aller Verbände pro Kopf der Mitglieder gehen auf 94,24 Mk. herauf bei den Lithographen und Steindruckern, wo sie die durchschnittlichen Einnahmen um 29,28 Mk. übersteigen, und gehen auf 10,96 Mk. zurück bei den Blumenarbeitern. Von den Ausgaben der Lithographen entfielen allein 82,74 Mk. auf Unterstützungs-zwecke, davon 49,80 Mk. auf Streikunterstützung.

Den größten Aufwand für Bildungszwecke mit 4,11 Mk. hatten die Bildhauer.

Die gesamten Verbandsvermögen betragen 80 797 786 Mk., von denen 62 934 731 Mk. in den Hauptkassen verblieben. Bei den einzelnen Verbänden schwankt dieser durchschnittliche Vermögensanteil zwischen 228,12 Mk. bei den Notenstechern, denen die Buchdrucker mit 151,79 Mk. zunächst kommen, und 2,94 Mk. bei den Tabakarbeitern, vor denen die Handlungsgehilfen mit 3 61 Mk. rangieren.

Eigene Verbandsorgane halten 48 Zentralverbände, von denen 47 auf Kosten des Verbandes gratis geliefert werden und 1 im Abonnement bezogen wird. Die Gesamtauflage aller Gewerkschaftsorgane beträgt 2 664 700. Daneben bestehen noch 7 fachtechnische Organe sowie das »Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften«, der »Operaio Italiano« und die »Oswiata« für die Mitglieder italienischer und polnischer Zunge. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint 1 dreimal in der Woche, 33 wöchentlich, 7 alle zwei Wochen und 7 monatlich.

Als gegenwärtige Gewerkschaftsrichtungen können hauptsächlich zwei Gruppen in Betracht, die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine, seit 1869 zentralisiert, und die christlichen Gewerkschaften, seit 1899 zu einem Gesamtverbande vereinigt.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine haben den schweren Verlust, den der Austritt des Vereins Deutscher Kaufleute ihnen brachte, noch nicht wieder überwinden können. Ihre Mitgliederzahl ist von 107 740 auf 109 225, also nur um 1485 oder 1,37 Proz. gewachsen. Eingegangen sind die Organisationen der Gärtner (1911: 20 Mitglieder), Kaufleute (100) und Wäger (54 Mitglieder); neue Organisationen wurden nicht gegründet oder aufgenommen. Die Gesamteinnahmen der deutschen Gewerkvereine werden auf 27 863 341 Mk., die Gesamtausgaben auf 23 453 310 Mk. und die Gesamtvermögensbestände auf 1 828 851 Mk. angegeben. In diesen Ziffern sind aber nicht allein die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkvereinskassen enthalten, sondern auch diejenigen der organisch getrennten Kranken- und Begräbniskassen, denen auch andere als Gewerkvereinsmitglieder angehören. Die Ausgaben der Gewerkvereine für Arbeitslosenunterstützung betragen 226 777 Mk., für Reiseunterstützung 18 412 Mk., für Umzugsunterstützung 20 886 Mk., für Notfallunterstützung 34 185 Mk. und für Invalidenunterstützung 16 586 Mk., für Streikunterstützung 348 939 Mk., für Bildungszwecke 22 195 Mk., für Agitation und Reisen 206 269 Mk., für Generalversammlungen und Konferenzen 11 847 Mk., für Zeitungen 122 900 Mk., für Verwaltungskosten 336 219 Mk., für Arbeitsvermittlung, Drucksachen und Agitationsmaterial 34 270 Mk., für Beiträge an Ortsverbände und den Gewerkvereinsverband 47 571 Mk. und für Rechtsschutz 11 791 Mk. Für Krankenunterstützung und Beihilfe in Sterbefällen, den Unterstützungsarten, deren Ausgaben wahrscheinlich ganz oder doch zum größten Teil den Kranken- und Begräbniskassen zuzurechnen sind, waren die Ausgaben 766 530 Mk. und 119 932 Mk. Man darf also nach diesen Angaben die wirklichen Gesamtausgaben und dementsprechend auch die Einnahmen der Gewerkvereine um etwa 866 000 Mk., also um etwa 40 Proz. reduzieren.

Die christlichen Gewerkschaften geben für das Jahr 1912 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 344 687 (1911: 340 957) für den Jahreschluß eine solche von 350 930 (1911: 350 574) an. Die Zunahme beträgt also im Jahresdurchschnitt 3730 und bis Jahreschluß 356 oder 1,09 bzw. 0,10 Proz., bleibt also weit hinter derjenigen der freien Gewerkschaften zurück. Diese Erfahrung mag für die christlichen Gewerkschaften, die sich die Aufgabe gestellt haben, als rettender Damm gegen die Hochflut der »sozialdemokratischen« Gewerkschaften zu dienen, recht schmerzlich sein, ganz besonders schmerzlich im Berichtsjahre, in dem es ihnen gelang, eine so aussichtsvolle Lohnbewegung im deutschen Bergbau durch ihren Verrat zu nichte zu machen und die Sache der Bergarbeiter auf Jahre hinaus zu schädigen, — sie beweist indes, daß die deutsche Arbeiterschaft das Wesen der Gewerkschaften richtiger beurteilt, als dies im Lager der christlichen Führer und ihrer römisch-katholischen Drahtzieher geschieht. Die gesamten Einnahmen der christlichen Gewerkschaften sind von 6 243 643 Mk. auf 6 608 350 Mk. gestiegen, die Gesamtausgaben von 5 299 781 Mk. auf 5 222 727 Mk. zurückgegangen. Die Vermögensbestände von 7 082 942 Mk. auf 8 575 658 Mk. angewachsen. Von den Einnahmen entfielen 50 866 Mk. (1911: 52 556 Mk.) auf Aufnahmegebühren, 9 566 995 Mk. (5 629 651 Mk.) auf Beiträge, 39 151 Mk. (49 724 Mk.) auf Extrabeiträge und 551 368 Mk. (511 711 Mk.) auf sonstige Einnahmen. Die Ausgaben verteilten sich auf Verbandsorgane 549 973 Mk., Agitation 670 024 Mk., Streik- und Gemaßregeltenunterstützung 654 323 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 201 223 Mk., Krankenunterstützung 761 293 Mk., Sterbeunterstützung 205 083 Mk., Rechtsschutz 116 703 Mk., sonstige Unterstützungen 57 611 Mk., Bibliothek und Bildungszwecke 133 267 Mk., Gesamtverbandsbeitrag 93 382 Mk., Gehälter 170 754 Mk., Verwaltung 259 936 Mk., Anteil der Lokalkassen 11 457 222 Mk., sonstige Ausgaben 203 028 Mk.

Stellt man für die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften und Lokalvereine, von denen für das Jahr 1912 noch keine zuverlässigen Mitgliederzahlen vorliegen, die Ziffern des Jahres 1911 mit 282 517 Mitgliedern ein, so umfaßt die gesamte

Gewerkschaftsbewegung im Deutschen Reich
 3266819 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahre, in welchem 3042203 Mitglieder gezählt wurden, ist eine Zunahme von 224616 zu verzeichnen, von denen 208404 oder 93,2 Proz. auf die freien Gewerkschaften entfallen. Die gesamten Einnahmen aller Gewerkschaften betragen 89628266 Mk. (1911: 80953814 Mk.), die gesamten Ausgaben 68673714 Mk. (1911: 67629149 Mk.) und die gesamten Vermögensbestände 91202295 Mk. (1911: 70878305 Mk.). In diesen Zahlen sind die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände der unabhängigen, syndikalistischen und lokalen Gewerkschaften nicht enthalten, in den Einnahmen und Ausgaben aber auch diejenigen der Hirsch-Dunckerschen Kranken- und Begräbniskassen. Im Jahre 1900 entfielen von je 100 Mitgliedern aller drei Gewerkschaftsrichtungen 73,0 auf die freien Gewerkschaften, 9,8 auf die Gewerkvereine und 17,2 auf die christlichen Gewerkschaften. Im Jahre 1911 hatten die freien Gewerkschaften 80,2, die Gewerkvereine 3,8 und die Christlichen 16,0 Proz. der Mitglieder. 1912 stand das Verhältnis sogar wie 84,8 : 3,4 : 11,8. So ist der Anteil der gegnerischen Gewerkschaftsgruppen trotz aller ihrer gehässigen Agitation, trotz ihrer Terrorisismärchen und trotz der ihnen von bürgerlicher Seite zuteil gewordenen Unterstützung fortgesetzt im Rückgange begriffen und den freien Gewerkschaften kann heute weniger als jemals der Anspruch bestritten werden, die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse zu sein. Damit werden sich unsere Gegner und ihre vermögenden Gönner je länger um so mehr abfinden müssen.

Fragen der Arbeitslosenfürsorge.

Die große Arbeitslosigkeit, die jetzt schon wieder die deutschen Arbeiter bedroht, obwohl die tiefen Wunden der Wirtschaftskrise von 1908/09 noch nicht vernarbt sind, und die trübe Aussicht einer weiteren Verschärfung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit haben erneut die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Fragen an die Oberfläche der öffentlichen Diskussionen geworfen und der Ruf nach endlich ausreichender Sicherung der Arbeiter gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit hallt von neuem in die breitesten Kreise. Darum findet auch ein eben in Gent in Belgien abgehaltener Kongreß der internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhöhtes Interesse.

Etwa 400 Personen, darunter die Vertreter von 23 Regierungen — unter denen natürlich die preußisch-deutsche nicht zu finden war — und viele Vertreter der modern organisierten Arbeiterschaft aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Österreich, Belgien, Holland und Skandinavien hatten sich vom 4.—6. September versammelt, um die neuesten Ergebnisse und Erfahrungen hinsichtlich der Milderung der Arbeitslosigkeit und der Bekämpfung ihrer schlimmen Folgen auszutauschen und die Wege für die allgemeine einheitliche Aktion zur Beseitigung des Arbeitslosenleids zu ebnen. Man braucht vom Standpunkt des klassenbewußten Proletariats nicht mit allen Einzelheiten der dort gefaßten Beschlüsse einverstanden zu sein. Gleichwohl muß man anerkennen — und das ist auch von dem Vertreter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften geschehen —, daß im allgemeinen das Richtige getroffen worden ist, um eine einheitliche Aktion in allen Ländern zu ermöglichen. Von hohem Wert ist die durch die internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeregte Materialsammlung und der internationale Austausch der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeitsfolgen und der vermeidbaren Arbeitslosigkeit geeigneten Erfahrungen und Gedanken. Denn damit werden die Wege geklärt, die man gegen eines der schlimmsten Übel der kapitalistischen Produktionsweise zu bereiten hat.

An der Spitze der Beratungsgegenstände stand die Frage des *Arbeitsnachweises*, die jetzt überall eine unbefriedigende Situation zeigt und eigentlich nur in England, infolge eines gesetzgeberischen Aktes, genügend sicher gelöst ist. Dabei hat, wie der Direktor der staatlichen Arbeitslosenversicherung in England ausführte, dieser englische Arbeitsnachweis bisher die Geptlogenheit geübt, die Arbeitssuchenden auf die bestellten Betriebe aufmerksam zu machen. In Deutschland ist die Arbeitsnachweisfrage darum besonders brennend, weil hier die Unternehmer mit ihren die Maßregelung mißliebiger Arbeiter bezweckenden Nachweisen eine bedenkliche Verfälschung des Arbeitsnachweises bewirkt haben. Die gegenwärtige Zersplitterung und Mannigfaltigkeit in der Organisation und die Buntschichtigkeit in der Geschäftsführung verhindern einen Überblick über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes, eine zuverlässige Feststellung der vorhandenen Arbeitskräfte und Arbeitsmöglichkeiten, einen zweckmäßigen und raschen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, eine brauchbare Arbeitsmarktstatistik und rechtzeitige vorbeugende Maßnahmen gegen drohende Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsnachweis soll nicht nur allein Arbeitssuchende und Arbeitsuchende zusammenführen, sondern er soll auch der Träger und Organisator einer guten *Arbeitslosenstatistik* sein und durch seine Tätigkeit den Boden für eine *öffentliche Arbeitslosenversicherung* vorbereiten. Wenn er das soll, dann muß er in der Lage sein,

den Arbeitsmarkt fortlaufend beobachten und seine Erschelnungen in ausreihendem Maße registrieren zu können. Nach längerer Aussprache über diesen Gegenstand beschloß der Kongreß folgende Grundsätze für die Forderungen bezüglich des Arbeitsnachweises:

1. Systematische Organisation der öffentlichen Arbeitsnachweise mit territorialer Gliederung (Orts-, Bezirks-, Landes-Arbeitsnachweise) unter Berücksichtigung der beruflichen Interessen (Berufslisten, Fachabteilungen);
2. Einheitliche Technik in der Geschäftsführung bei Verwertung aller modernen Verkehrsmittel (Telephon, Telegraph, Post, Eisenbahn);
3. Völlige Unparteilichkeit bei der Stellenvermittlung und der Verwertung;
4. Grundsätzliche Gebührenfreiheit, mindestens für Arbeitssuchende;
5. Planmäßige Regelung des Arbeitsmarktes einschließlich der Arbeiterwanderungen (nach einheitlichen Grundsätzen unter Leitung der Zentrale: fortlaufende Arbeitsmarktstatistik);
6. Kosten zu Lasten der Gemeinden (für Ortsarbeitsnachweise), der Bezirke (für Bezirksarbeitsnachweise), des Staates (für die Zentrale und etwaige Subventionen).

Zur Durchführung dieser Reformen erscheint die Mitwirkung der Verwaltung bzw. der Gesetzgebung erwünscht, um solchen Arbeitsnachweisen, die den Grundsätzen entsprechen, als staatlich »anerkannt« Arbeitsnachweisen (bzw. öffentlich rechtlichen Organen) gewisse Vergünstigungen zu gewähren (bei Benutzung von Telephon, Telegraph, Eisenbahnen und durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln), auf einen lückenlosen Ausbau des Arbeitsnachweises hinzuwirken, einheitliche Grundsätze für die Geschäftsführung und Statistik einzuführen und das gesamte Arbeitsnachweiseswesen der staatlichen Aufsicht zu unterstellen.

Ein noch sehr wenig erörterter Gedanke, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, ist der, die notwendigen Arbeiten nicht planlos zur Ausführung zu geben, sondern sie solange hinauszuschieben, bis die allgemeine Konjunktur herabsinkt und die Arbeitslosigkeit besonders drückend wird. Damit würde einmal das Heiße mit der Produktion, das Überstunden- und Nachtarbeitswesen, das die Hochkonjunktur kennzeichnet, vermindert und zugleich eine größere Arbeitsgelegenheit für die flauen Periode beschafft. Welche Einwirkung damit auf den Arbeitsmarkt in Deutschland bewirkt werden könnte, ergibt sich daraus, daß wir alljährlich für 5—6 Milliarden Mark öffentliche Arbeiten ausführen lassen. Wenn dann nur der zwanzigste Teil zu einer systematischen Arbeitsmarktpolitik verwendet würde, wären das für 250—300 Millionen Mark Arbeiten. Damit könnte einer ganzen Anzahl von gelernten Arbeitern, namentlich denen, die zum Baugewerbe gehören, große Hilfe geleistet werden. Das würde eine weit bessere Hilfe als die sogenannten Notstandsarbeiten sein, die doch nur für ungelernete und wetterfeste Arbeiter in Frage kommen. Darum verdient der folgende Beschluß des Kongresses besondere Beachtung:

»Die systematische Verteilung der öffentlichen Arbeiten ist auf folgender Grundlage anzustreben:
A. Verteilung der öffentlichen Arbeiten in der Zeit.

1. Die Verwaltungsbehörden mögen bei der Vorbereitung vorzunehmender öffentlicher Arbeiten oder Lieferungen a) die Frage erstlich in Erwägung ziehen, ob nicht diese Arbeiten oder Lieferungen auf die tote Saison des betreffenden Jahres oder auf eine der mehr oder minder entfernten wirtschaftlichen Krisen- bzw. Depressionsperioden verlegt werden könnten; b) soweit als möglich, namentlich aber soweit dem technische Gründe nicht entgegenstehen, die nicht dringlichen Arbeiten und Lieferungen für die stillen Zeiten des betreffenden Jahres oder für Krisen- bzw. Depressionsperioden vorbehalten; c) im voraus Projekte nicht dringender Arbeiten und Lieferungen für eine nicht zu sehr beschränkte Anzahl von Jahren ausarbeiten und kompetenten Vertretungskörpern unterbreiten, damit diese Lieferungen für die Jahre, in denen eine wirtschaftliche Krise im Anzuge ist, vorbehalten bleiben.

2. Die Finanzgesetze mögen hinreichend gehalten sein, um den Verwaltungsbehörden zu gestatten, Reservfonds für die Ausführungen nicht dringlicher Arbeiten und Lieferungen in Krisen- oder Depressionsjahren anzulegen.

3. In jedem Lande möge ein ständiges Amt geschaffen werden, mit dem Auftrage, die Anzeichen kommender wirtschaftlicher Krisen oder Depressionen zu beobachten, die Ergebnisse seiner Beobachtungen periodisch zu veröffentlichen und den Verwaltungsbehörden Gutachten zu erteilen über den geeigneten Zeitpunkt der Inangriffnahme der für die Krisen- oder Depressionsjahre in Bereitschaft zu haltenden Arbeiten oder Lieferungen.

4. Die Verwaltungsbehörden mögen insbesondere folgende öffentlichen Arbeiten ins Auge fassen: Trockenlegung von Mooren, Urbarmachung von Heiden, Forstarbeiten, Verbesserungen der Verkehrsmittel in mehr oder minder zurückgebliebenen Gegenden, sowie überhaupt Arbeiten, die geeignet sind, die Produktivkräfte und die ständige Nachfrage nach Arbeitern zu vermehren, wobei diese Arbeiten für Zeiten aufzusparen wären, wo es sonst an Erdarbeiten mangelte.

B. Verteilung der zu vergebenden Arbeiten unter die einzelnen Gewerbe.

Die Verwaltungsbehörden mögen die zu vergebenden Arbeiten, soweit dies technisch zulässig ist, versuchsweise unter die einzelnen Gewerbe verteilen und zwar unter Anwendung dieses Systems nicht nur auf die laufenden Instandhaltungs-, sondern auch auf die neu vorzunehmenden Arbeiten.

Die Frage der *Arbeitslosenversicherung* nahm einen verhältnismäßig geringen Raum ein und zwar darum, weil, wie der Generalberichterstatter ausführte, die Erfahrungen, die aus den einzelnen Ländern mitgeteilt worden seien, noch keine sichere Grundlage bilden für positive Vorschläge, wie die Arbeitslosenversicherung am besten zu organisieren sei. Soviel könne jedoch schon gesagt werden, daß die Arbeitslosenversicherung öffentlich rechtlich sein müsse und daß sie nicht ohne Mitwirkung der Arbeiterverbände geschaffen werden könne. Eine der Hauptvorbedingungen für eine Arbeitslosenversicherung sei die großzügige lückenlose Organisation des Arbeitsnachweises. Als Resümee seiner Studien schlage er folgendes zur Annahme vor:

1. Aus den Feststellungen, welche die Berichterstatter auf Grund der in Großbritannien und anderswo gemachten Erfahrungen getroffen haben, darf man schließen, daß die Aussichten in der Richtung sich bewegen:

1. Auf die Zwangsversicherung, wenigstens für gewisse Berufe, und auf eine Ergänzung der Zwangsversicherung der freiwilligen Versicherung;

2. Auf die Überzeugung, daß die Wiederbeschaffung von Arbeit die vornehmste Leistung der Arbeitslosenversicherung und die Organisation des Arbeitsnachweises die Vorbedingung der Versicherung sei;

3. Auf eine Organisation, die, soweit als möglich, die Mitwirkung der Berufsvereinigungen mit sich bringt.

II. Nur ist man noch nicht im Klaren über das beste dieser Versicherung zugrunde zu legende Finanzsystem, zumal die englischen Erfahrungen noch zu neu sind und in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs begonnen haben, die zu außergewöhnlich ist, als daß man sich schon jetzt über die finanziellen Rückwirkungen aussagen könnte.

Genosse Umbreit gab dazu die Anregung, sich außerdem für die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung als das vorderhand einzig Mögliche und Notwendige auszusprechen und Staat und Gemeinde zur Zuschußleistung an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen zu verpflichten. Diese gewiß sehr nützliche Anregung wurde aber nicht mit in die Resolution übernommen, die schließlich ohne Widerspruch angenommen wurde.

Der Punkt »Die internationalen Arbeiterwanderungen« wurde wegen der fortgeschrittenen Zeit in größter Eile erledigt; eine Aussprache darüber fand nicht statt. Es wurde dazu eine vorgelegte Resolution angenommen, die die Wanderarbeiterfrage als einen Teil der Arbeitslosenfrage betrachtet und zur Beobachtung aller Arbeiterwanderungen, zur Pflege einer genauen Statistik und zur internationalen Regelung der Wanderungsfrage ein Zusammenwirken mit der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und dem Komitee für Sozialversicherung fordert. Von diesen drei Vereinigungen solle eine Spezialkommission gebildet werden, die in der Hauptsache folgende Aufgaben zu behandeln hätte: a) die Organisation des Arbeitsnachweises, b) die Veröffentlichungen über die Lage des Arbeitsmarktes, c) den amtlichen Auswandererschutz im Auslande, d) die Auskunftserteilung an die Auswanderer vor ihrer Ausreise und e) die Bearbeitung der Arbeitslosenstatistik.

Nach magerer kam die Frage der *Arbeitslosenstatistik* weg. Darüber wurde gar nichts gesagt, weil die Zeit fehlte. Es wurde lediglich auf die Züricher Resolution darüber bezug genommen, in der eine systematische periodische Zählung der Arbeitslosen und fortlaufende Aufzeichnungen über die Arbeitslosigkeit gefordert werden, um eine zulangende Arbeitslosenstatistik gewinnen zu können.

Man darf sagen, daß die Arbeit der Konferenz keine Sysphusarbeit gewesen ist. Sie war bestrebt, aus den bisherigen Erfahrungen und Kenntnissen über die Erschelnungen der Arbeitslosigkeit und ihrer Milderung den Extrakt zur Förderung der praktischen Arbeitslosenfürsorge zu ziehen. Im allgemeinen ist ihr das gelungen. Ob allerdings das erwartete Resultat in kurzer Zeit zu erreichen ist, das ist eine andere Frage. Eine Frage, die hauptsächlich davon abhängt, daß die Arbeiter als Staatsbürger ihrer politischen Vertretung im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden die notwendige Stärke und Unterstützung geben. Dazu sollte jede Gelegenheit ausgenützt werden. E. B.

Adressen-Änderungen.

1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftsersteller (siehe Graph. Presse Nr. 30).
 Gotha: Hans Förster, Steinmühlen-Allee 23 II.
 Hannover-Formst.: Jos. Fischer, Hainhöherstr. 26.
 Offenbach a. M.: Oskar Söllner, Lillstr. 35.
 Posen: Hans Lorenz, Kronprinzenstr. 97 pt.
 Trier: A. Himmelsberger, Nicolausstr. 49.

Rußland:
 Petersburg: Hermann Ulrich, St. Petersburg, Wassilie-Ostrann, 14 Linie N. 45, Quartier 16.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Rückblicke auf die Stuttgarter Tagung.

3. Unsere Lohnbewegungen.

Die Notwendigkeit, über die Lohnbewegungen unserer Organisation in einer nicht-öffentlichen Sitzung zu verhandeln, bedarf wohl unsern Verbandskollegen gegenüber keiner besonderen Begründung mehr. Die Erkenntnis, daß die Fragen der Strategie und der Taktik unserer Lohnkämpfe nicht vor den Augen und Ohren unserer Gegner aufgerollt und erörtert werden dürfen, wenn wir diesen unsere Trümpfe nicht selbst in die Hand spielen und unsere Aktionsfähigkeit und Schlagkraft von vornherein lähmen wollen, ist nach und nach zum Gemeingut der gesamten Gewerkschaftsbewegung geworden. Daher ist auch der von unserm Verbandsrat seit der Dresdener Generalversammlung 1904 geübte Brauch, geschlossene Sitzungen für derartige Beratungen abzuhalten, in den Kreisen unserer Verbandsmitglieder einem ständig zunehmenden Verständnis begegnet, zum Leidwesen unserer Gegner, die zwar selbst alle ihre Angelegenheiten in neunmal gesiebten Konventionen hinter fest verrammelten Türen erledigen, die sich aber nicht genug darüber entrüsten können, wenn die Arbeiterverbände nur bei den Erörterungen über die Lohnbewegungen ein Gleiches tun.

Auch der Stuttgarter Verbandstag hielt für die Verhandlungen über diesen Tagesordnungspunkt eine geschlossene Sitzung ab, in der Kollege Sillier das einleitende Referat hielt. Er besprach zunächst die kleineren Bewegungen und Kämpfe, die unser Verband in der Berichtszeit zu führen hatte und deren Zahl und Ergebnis bereits im zweiten Teil dieser Artikelserie mitgeteilt worden ist. Sodann erörterte er die in die Berichtsperiode fallenden Tarifbewegungen und Tarifabschlüsse der Lithodrucker, die den Angehörigen dieser Sparte vom 1. Januar dieses Jahres ab den Achtstundentag gebracht haben, der Formstecher, die eine allgemeine Lohnerhöhung von durchschnittlich 7 Prozent erreichten, und der Chemigraphen, deren Tarif kurz vor der Generalversammlung auf einer erweiterten Grundlage erneuert wurde. Zuletzt wandte er sich der bedeutendsten und größten Bewegung zu, die unser Verband nicht nur während der Berichtszeit, sondern seit seinem Bestehen zu führen hatte: dem Kampfe der Lithographen und Steindrucker 1911/1912; er behandelte die Ursachen der Bewegung, ihre Einleitung, ihren Umfang, ihren Verlauf und ihr Ergebnis und schaffte durch sein Referat die Grundlage für eine gründliche und lebhaftige Aussprache.

Weichen Wert die Generalversammlung grade diesem Verhandlungspunkte beimäß, zeigt der Beschluß, die Redezeit für die Diskussionsredner von 10 auf 20 Minuten zu erhöhen. Im allgemeinen bestätigte die Diskussion, was bereits im Referat hervorgehoben war: Die Bewegung war notwendig und ließ sich weder unterdrücken noch zurückdämmen; denn die kleinliche Nadelstichpolitik des Schutzverbändertums mit der Bewegung von 1906 hatte eine derartige Erbitterung ausgelöst und ständig gesteigert, daß sich eine Entladung des angesammelten Zündstoffs nicht mehr vermeiden ließ; die Verantwortung für diese gewaltige Entladung und ihre verheerenden Folgen fällt also nur auf das Schutzverbändertum und seine ständige frivole Beunruhigungstaktik, die es in leichtfertiger Weise auch nach dem letzten großen Kampfe zum Schaden des Gewerbes weiterübt. Ferner ergab die Verhandlung, daß die Bewegung, als sie sich nicht mehr vermeiden ließ, durchaus gut und sorgfältig vorbereitet und eingeleitet worden ist, daß die Zentralinstanzen unseres Verbandes

und die Gauleiter über die Einleitung der Bewegung, über alle Phasen des Kampfes und über seinen Abschluß eingehend beraten haben und in allen Maßnahmen durchaus einig gewesen sind. Endlich zeigte die Aussprache, daß ein zeitigerer Abschluß des Kampfes ohne wesentliche Verschlechterungen der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders der vor dem Kampfe geltenden Arbeitszeit, nicht möglich war. Bemängelt wurde in der Diskussion im wesentlichen nur, daß die Verständigung mit den übrigen graphischen Organisationen, besonders mit dem Verbandsrat der Druckereihilfsarbeiter, nicht so gewesen sei, wie sie hätte sein müssen, um eine Aktion von Gehilfen und Hilfspersonal zu ermöglichen.

Ganz allgemein wurde der Enttäuschung über das absolut unbefriedigende Ergebnis der Bewegung Ausdruck gegeben. Es wurde aber auch von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß dieses Ergebnis der Bewegung nicht auf ihre Einleitung und Führung, sondern auf die Einflüsse der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung zurückzuführen sei, die sich vor der Bewegung und bei ihrem Beginn noch nicht übersehen ließen. Anerkannt wurde auch, daß sich die Widerstandskraft der Organisation glänzend bewährt habe; der Verband sei fast ungeschwächt aus dem Kampfe hervorgegangen, da die Mitgliederverluste im Jahre 1912 (wie wir im vorigen Artikel dieser Folge nachwies) nur zum kleinsten Teil auf die Bewegung zurückzuführen sind. Dieser Umstand wurde besonders von dem Vertreter der Generalkommission hervorgehoben, der ihn als ein Zeichen guter gewerkschaftlicher Schulung der Verbandsmitglieder aussprach. Wie die Scharfmacher in der Metallindustrie aus der Erkenntnis, daß man die Arbeitergewerkschaft nicht zerschmettern könne, weshalb man sich mit ihr verständigen müsse, kein Hehl gemacht haben, so werde trotz des unbefriedigenden Ausgangs unseres Kampfes angesichts der dabei bewiesenen Widerstandskraft unserer Organisation auch das Schutzverbändertum im Steindruckgewerbe zu dieser Erkenntnis kommen und die richtigen Nutzenwendungen daraus ziehen müssen. Dann werde es sich erweisen, daß auch dieser Kampf trotz seines unbefriedigenden Ausgangs nicht umsonst gekämpft worden ist.

So richtig diese Ausführungen sind, so falsch wäre es natürlich, die Hände in den Schoß legen und auf das Erwachen dieser Erkenntnis im Schutzverbändertum warten zu wollen. Im Gegenteil: unser Verband muß sich fleißig rühren und auf Grund der aus dem großen Kampfe gezogenen Lehren unablässig an seinem Ausbau arbeiten. Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, daß infolge des ständigen Wachstums der Unternehmerorganisationen und ihres ständigen inneren und äußeren Ausbaues die Arbeit der Gewerkschaften immer schwieriger und die Erfolge der gewerkschaftlichen Arbeit für die Hebung der Arbeiterlage beeinträchtigt worden sind. Die innere und äußere Festigung der Gewerkschaften muß also mit regem Eifer betrieben werden. Dieser Erkenntnis entspringt auch in unsern Kollegenkreisen die Propagierung der Einsetzung eines Beirates zur Unterstützung des Hauptvorstandes und des Zusammenschlusses der graphischen Organisationen zu einem Industrieverbande.

Die Generalversammlung hat den in dieser Richtung erhobenen Forderungen so weit als möglich gerecht zu werden versucht, indem sie die bisher zwanglos einberufenen Gauleiterkonferenzen zu einer ständigen Einridtung machte mit der Maßgabe, daß sie mindestens alljährlich einzuberufen sind. Hauptvorstand, Zentralausschuß und Redaktion müssen auf diesen Konferenzen, die Beschlußrecht erhalten haben, vertreten sein. Und wenn bei Lohnbewegungen besonders wichtige Entscheidungen zu treffen sind, dann sollen außerordentliche Generalversammlungen einberufen werden, für die je 500 Mitglieder einen Delegierten zu wählen haben. Zweifellos wird dieser Beschluß beitragen, daß grade in Kampfzeiten Verbands-

leitung und Verbandsmitglieder in innigster Fühlung bleiben und gemeinsam für einen guten und befriedigenden Ausgang der Bewegungen wirken. — Die Verhandlungen und Beschlüsse, zu der Forderung auf Schaffung eines graphischen Industrieverbandes wollen wir in der nächsten Nummer noch besonders behandeln.

Es bleibe noch hervorzuheben, daß auch über die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Schutzverbandes und unserer Organisation vom Dezember 1912 eingehend diskutiert worden ist. Besonders wurde das aus diesen Verhandlungen hervorgegangene Merkblatt scharf kritisiert. Der Antrag, die in dieser Beziehung getroffenen Abmachungen mit dem Schutzverbande zu annullieren, wurde jedoch zurückgezogen. Protestiert wurde gegen die falsche Auslegung, die das Schutzverbändertum diesen Abmachungen gibt, um ohne Rücksicht auf die trostlose Lage des Gewerbes und der Aussichtslosigkeit des Berufs und zum Teil unter Außerachtlassung der Lehrlingsskala neue Lehrlinge zu werben und einzustellen; dieser unmoralischen Lehrlingswerbung und Lehrlings-einstellung soll nach wie vor entschieden entgegen gewirkt werden. Ferner trat der Verbandstag für die Berufung eines unparteilichen Protokollführers bei allen zentralen Verhandlungen mit dem Unternehmertum ein.

Bei der — wieder öffentlich geführten — Aussprache über den neuen Chemigraphentarif kam es hauptsächlich zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Einbeziehung des Tiefdrucks und des Offsetdrucks. Zur Untersuchung dieser Angelegenheit wurde eine aus Vertretern der beteiligten Sparten bestehende Kommission eingesetzt, die bei ihren Beratungen zu dem Ergebnis kam, daß der Tarif rechtskräftig abgeschlossen sei und respektiert werden müsse, obwohl er die Verhältnisse der im Tiefdruck Beschäftigten nicht genügend berücksichtige, besonders nicht in Bezug auf die Arbeitszeit und die Mindestlöhne. Um den Interessen der Tiefdrucker trotzdem zu dienen, empfahl die Kommission die Einsetzung einer besonderen Zentralkommission für diese neue Sparte. Die Einbeziehung des Offsetdruckes, also eines reinen Flachdruckverfahrens in den Chemigraphentarif wurde als eine technische Unmöglichkeit bezeichnet; sie sei nur auf ungenügende Kenntnis dieses Verfahrens zurückzuführen und müsse daher rückgängig gemacht werden. Der Verbandstag schloß sich diesen Vorschlägen an. Ebenso erklärte er auf Antrag der Kommission, daß sich jede Sparte bei Tarifabschlüssen auf ihre eigenen Angelegenheiten beschränken müsse und daß vor dem Abschluß eines mehrere Sparten berührenden Tarifes erst eine Übereinstimmung unter den in Frage kommenden Sparten durch den Hauptvorstand herbeizuführen sei.

Ortsberichte.

Eilberfeld. In unserer am 6. September abgehaltenen gut besuchten außerordentlichen Generalversammlung erstattete Kollege Glauco-Barmen Bericht von der Generalversammlung in Stuttgart. In der lebhaften Diskussion wurde scharf kritisiert, daß der Antrag auf Wahlberechtigung der Invaliden nicht akzeptiert worden ist. Ferner wurde die Gehaltserhöhung der Verbandsangestellten kritisiert und nachstehende Resolution mit großer Mehrheit gefaßt: »Die in der heutigen außerordentlichen Generalversammlung anwesenden Kollegen kommen nach Anhören des Berichtes des Delegierten zur Stuttgarter Generalversammlung zu dem Schluß, da in Anbetracht der schlechten Finanzlage unseres Verbandes von einer Erhöhung oder Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen Abstand genommen wurde, daß konsequenterweise auch aus kassentechnischen Gründen keine Erhöhung der Beamtengehälter vorgenommen werden konnte. Sie vertreten einmütig den Standpunkt, daß unsere Angestellten hier einmal ihren Idealismus zeigen können, indem sie die bewilligten Gehaltserhöhungen ablehnen.«

Ilmeneau i. Thür. In Nr. 13 der »Gr. Pr.« berichtete ein Kollege über Umstände in den Druckereien von Gehren i. Thür. Er erwähnte, daß die Zustände in der Nachbarstadt Ilmeneau nicht besser seien. Über die Zustände in der einen Druckerei dieses Ortes, der Firma Wilhelm Leopold, wollen wir nun das hauptsächlichste berichten. Zunächst seien die Titel erwähnt, mit denen man bei der geringsten Auseinandersetzung vom Prinzipal be-

ehrt wird. So werden die Gehilfen — natürlich abseits von Lehrlingen und Privatpersonen — als Dreckklumpen, Lausepack, Lumpen- und sozialdemokratische Bagage, Spitzbuben, Vagabunden, Bauernläumel, Rotzkowerte, Saubande, Räuberbande usw. hingestellt. Zu solchen Auseinandersetzungen, deren Grund meist der schlechten Laune des Prinzipals zuzuschreiben ist, kommt es fast täglich und man gewöhnt sich mit der Zeit daran, wie an das Maschinengerassel. Den Lehrlingen ergeht es natürlich noch schlimmer. Sie werden nicht nur mit oben-erwähnten Schimpfwörtern beehrt, sondern müssen sich des öfteren mit den Worten drohen lassen: »Ich klatsche euch an die Wand, daß ihr daran kleben bleibt!« oder: »Ich nehme die Axt und hacke euch zu Pökeleis!« (!) Dies ist wahrscheinlich die Bildung, die der »Lehrherr« den Lehrlingen beibringt. Sobald ein Lehrling einen Gehilfen um Rat fragt und der Chef hört es, so kommt er gleich gesprungen und ermahnt: »In meinem Geschäft wird überhaupt nicht gesprochen. Ich bin Chef und wenn du etwas zu fragen hast, so kommst du zu mir.« Der Lehrling muß also entweder bei jeder Kleinigkeit im ganzen Geschäft nach dem Prinzipal suchen oder, was diesem noch lieber wäre, außer der Geschäftszeit noch einen Lehrkursus bei einem Kollegen nehmen. Jeder Lehrling ist froh, wenn er nach beendeter »Lehrzeit« diesen Kursus verlassen kann. Zu einem Krach kommt es regelmäßig, wenn das Arbeitsmaterial verbraucht ist und der Lehrling neues holen muß. Mit Zittern und Zagen geht er zum Chef, wird jedoch meist mit den Worten abgefertigt: »Ich habe keine Zeit.« Es ist sogar schon vorgekommen, daß er vom Prinzipal mit Plakathülsen und anderen Gegenständen bombardiert wurde. Aber auch die Frau Gemahlin des Druckereibesetzers ist von morgens bis abends als Stellvertreterin ihres Mannes, wie sie sich nennt, tätig. Sie stellt Gehilfen, die in diesem Geschäft gelernt und durch ihre Arbeit dem Druckereibesitzer Gewinn geschafft haben, vor den Lehrlingen und Mädchen als niederträchtige, gemeine Sozialdemokraten hin. Jedenfalls aber geben diese Zellen darüber Aufschluß, wo diese Eigenschaften zu finden sind, und sie tragen hoffentlich dazu bei, daß diesem Herrn Druckereibesitzer die Augen einmal geöffnet werden.

Wurzener I. Sa. Am 6. September fand hier eine Versammlung statt, in der Kollege Gey-Grinma Bericht von der Generalversammlung erstattete. Der sachlich vorgetragene Bericht wurde sehr beifällig und mit Interesse aufgenommen. In der regen Diskussion wurde die geleistete Arbeit voll und ganz gewürdigt. Nur einen Beschluß konnte die Versammlung nicht gutheißen. Dieserhalb fand folgende Resolution einstimmige Annahme: »Die Versammlung der Wurzener Kollegen kann sich mit der durch die Generalversammlung beschlossenen neuen Gehaltsstaffelung der Angestellten nicht einverstanden erklären, erachtet vielmehr mit Rücksicht auf unsere finanzielle Lage die der Generalversammlung unterbreitete Vorlage des Hauptvorstandes für genügend.« Anlässlich des 10jährigen Bestehens der Zahlstelle soll in diesem Jahre wieder eine Senefelderfeier veranstaltet werden. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Die photomech. Fächer.
 Teil für die Interessen der Chemigraphen Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker Kupferstecher und -Drucker.

Aus der Statistik der Zentralkommission der Chemigraphen und Kupferdrucker.

1. Größe der Anstalten bezw. Abteilungen.
 Viel zu wenig wird der Wert eines zentralen Tarifvertrags danach beurteilt, inwieweit es durch ihn gelingt, auch in kleineren Firmen und an kleineren Orten geordnete Lohn-, Arbeits- und Lehrlingsverhältnisse herbeizuführen. Und doch ist diese Frage von eminenter Bedeutung. Wer viel in solchen Firmen oder Orten beschäftigt gewesen ist, wird wissen, daß dort der Verkehr zwischen Unternehmer und Arbeiter viel mittelbarer ist, und daß sich dadurch Verhältnisse herausbilden, die den Gehilfen nur zu oft veranlassen, hier und da eine Auge zuzudrücken. Besonders trifft das in der Lehrlingsfrage zu. Man muß ohne weiteres zugeben, daß in kleineren Orten die geregelten Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in den graphischen Berufen für die Einwohner, die davon Kenntnis erhalten, etwas Bestehendes haben, was sie zu dem Versuche veranlaßt, ihre Söhne in solchen Firmen zur Erlernung des »freien« Berufs unterzubringen. Die Anstaltsbesitzer werden infolgedessen an den Schulentlassungsterminen geradezu überlaufen von Vätern, deren Söhne in den Kampf um Dasein eintreten müssen. Auch unsere Funktionäre wissen davon ein Lied zu singen. Das Bestreben der Eltern, ihren Söhnen eine halbwegs gesicherte Existenz zu verschaffen, kann man verstehen. Doch leider täuschen sie sich zu oft und lassen sich durch nichts von ihrem Vorsatz, daß der Sohn nun gerade

diesen Beruf erlernen muß, abbringen. Noch so viel kann ihnen von der Arbeitslosigkeit in den Großstädten auch in diesem Gewerbe erzählt und durch Zahlen bewiesen werden — sie glauben es nicht und halten es für Flunkerei des Funktionärs, dem sie mißtrauisch die Absicht unterschieben, er wolle niemanden in den Beruf hinein lassen. Die Unternehmer natürlich sind, wenn nicht besondere Gründe vorliegen, eher geneigt, einen Lehrling mehr einzustellen als einen weniger Selbststrebend wird auch in den Städten in dieser Beziehung gestündigt. Als Beispiel braucht man nur die Buchdrucker anzuführen, bei denen in einer kurzen tariflosen Zeit an die 5000 Lehrlinge mehr eingestellt wurden. Sogar heute, trotz der tariflich festgesetzten Lehrlingszahl, werden in ungefähr 30 chemigraphischen Anstalten etwa 35 Lehrlinge mehr ausgebildet, als nach der Skala zulässig sind. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Statistik zurzeit der günstigsten Konjunktur aufgenommen wurde, also die Anstalten mit voller Gehilfenzahl arbeiteten. Es ist daher leicht auszusenden, was beim Fehlen der Kontrolle durch die Tariforgane und ohne tarifliche Unterlage überhaupt geschehen würde. Des weiteren denke man auch an die Arbeitszeit.

Aus der Statistik geht nun hervor, inwieweit es gelungen ist, auf die kleineren Anstalten Einfluß durch die Tarifgemeinschaft zu gewinnen. Sie erstreckt sich über 37 Orte mit 142 tariffreien Firmen, in denen 2513 Chemigraphengehilfen (inkl. Fräsern und Monteuren) beschäftigt werden, und über 4 Orte mit 15 tariffreien Firmen und 144 zur Kupferdruckbranche gehörigen Gehilfen. Davon befinden sich in Kreis I 38 chemigraphische Anstalten mit 711 Gehilfen an 7 Orten, Kreis II 41 Anstalten mit 732 Gehilfen an 7 Orten, Kreis III 16 Anstalten mit 399 Gehilfen an 4 Orten, Kreis IV 25 Anstalten mit 393 Gehilfen an 7 Orten und Kreis V 22 Anstalten mit 278 Gehilfen an 10 Orten. Die Kupferdrucker teilen sich auf Berlin mit 8 Firmen und 59 Gehilfen, München mit 5 Firmen und 69 Gehilfen, Karlsruhe mit 1 Firma und 2 Gehilfen und Mülhausen mit 1 Firma und 14 Gehilfen.

Tariffreie chemigraphische Anstalten sind vorhanden an 2 Orten je 26, an einem Orte 11, an einem 10 und an einem 6; 3 Orte beherbergen je 5, 4 je 4, 3 je 3 und 3 je 2 Firmen. 17 Firmen sind die einzigen der Branche in den betreffenden Städten. Insgesamt werden in diesen 17 Firmen und Orten 81 Gehilfen beschäftigt, im Durchschnitt demnach etwa 5. Darunter ist eine Firma mit einem und eine mit 13 Gehilfen, die anderen Zahlen bewegen sich zwischen 2 und 8 Gehilfen. In den beiden Orten mit 26 Firmen arbeiten zusammen 1200 Gehilfen, in den 3 Orten mit 11, 10 und 6 Firmen 324, bezw. 216 und 116 Gehilfen. 163 Gehilfen werden beschäftigt an den 4 Orten mit je 4, 170 Gehilfen in den 3 Orten mit je 3 und 70 Gehilfen in den 3 Orten mit je 2 Firmen.

Die 3 größten Firmen dominieren in Kreis I; es sind dies 2 mit je 82 und eine mit 79 Gehilfen. Ihnen folgen eine Firma mit 75 und eine mit 66 Gehilfen in Kreis III. 53-64 Gehilfen beschäftigen dann weiter 5 Firmen, 39-50 Gehilfen 6 Firmen, 33-38 Gehilfen 5 Firmen, 26-32 Gehilfen 9 Firmen, 21-25 Gehilfen 10 Firmen und 16-20 Gehilfen 15 Firmen. In 24 Firmen arbeiten 11-15, in 31 Firmen 6-10 und in 32 Firmen 1-5 Gehilfen. In größere Gruppen eingeteilt ergibt sich, daß 673 Kollegen in 10 Firmen mit 53-82 Gehilfen arbeiten; 1188 Kollegen sind beschäftigt in 45 Firmen mit 16-50 Gehilfen; in 24 Firmen mit 11-15 Gehilfen sind 301, in 31 Firmen mit 6-10 Gehilfen sind 244 und in 32 Firmen mit 1-5 Gehilfen sind 107 Kollegen tätig. Demnach arbeiten 26 Proz. (652) der Kollegen in 61 Proz. (87) der tariffreien Anstalten, die 1-15 Gehilfen beschäftigen, und 74 Proz. (1861) der Kollegen sind beschäftigt in 39 Proz. (55) der Anstalten mit 16-82 Gehilfen.

Wie steht es nun mit den nichttariffreien Firmen? Es sind vorhanden an 30 Orten in Deutschland 67 Firmen, die der Tarifgemeinschaft nicht angehören und die zusammen 386 Chemigraphengehilfen beschäftigen. Diese verteilen sich auf Kreis I mit 23 Firmen und 176 Gehilfen, Kreis II mit 21 Firmen und 143 Gehilfen, Kreis III mit 5 Firmen und 7 Gehilfen, Kreis IV mit 10 Firmen und 34 Gehilfen und Kreis V mit 6 Firmen und 26 Gehilfen. Tariffreie Kupferdrucker gibt es an 6 Orten, und zwar in 10 Firmen mit 27 Gehilfen, 4 Firmen mit zusammen 8 Gehilfen befinden sich in Berlin, 2 Firmen mit 12 Gehilfen in München, eine mit 2 Gehilfen in Kaufbeuren, je eine Firma mit je einem Gehilfen in Nürnberg und Regensburg und eine Firma mit 3 Gehilfen in Düsseldorf.

Die größte Zahl der nichttariffreien Chemigraphiebetriebe hat Berlin. Dort bestehen 16 tariffreie Firmen mit 161 Gehilfen. Ihm folgen Dresden (inkl. Kötzschenbroda) mit 8 Firmen und 34 Gehilfen und Leipzig mit 7 Firmen und 71 Gehilfen. Dann gibt es 2 Orte mit je 3 Firmen und zusammen 23 Gehilfen, und 5 Orte mit je 2 Firmen und zusammen 23 Gehilfen. An 20 Orten befindet sich je 1 Firma; diese 20 Firmen beschäftigen insgesamt 74 Gehilfen.

Von den 67 tarifunfreien chemigraphischen Anstalten ist inzwischen eine mit 2 Gehilfen eingegangen und eine mit 7 Gehilfen tariffrei geworden. Von den übrigen gehörten 20 mit 200 Gehilfen bereits einmal der Tarifgemeinschaft an. Unter diesen befindet sich eine Firma mit 27, eine mit 25 und

eine mit 23 Gehilfen. Von den anderen beschäftigen 2 Firmen je 14, eine 13, 3 je 10, 2 je 8, 2 je 7, eine 6, 2 je 5, eine 3, 2 je 2 und eine Firma einen Gehilfen.

Von den 67 durch die Statistik erfaßten tarifunfreien chemigraphischen Anstalten beschäftigen 4 überhaupt keinen Gehilfen. In 8 Betrieben ist je ein Gehilfe, in 12 Betrieben sind je 2, in 8 je 3, in 7 je 4 und in 4 sind je 5 Gehilfen tätig. 6-10 Gehilfen beschäftigen 15, 11-14 5 und 23-27 Gehilfen 4 Firmen. Demnach werden in 39 Firmen mit 1-5 Gehilfen 104, in 15 Firmen mit 6-10 Gehilfen 119, in 5 Firmen mit 11-14 Gehilfen 63 und in 4 Firmen mit 23-27 Gehilfen 100 als Chemigraphen tätige Personen beschäftigt.

Fortschritt oder Stagnation?

II.
 Leeren wir den Keld bis zur Neige und registrieren wir noch eine Anzahl Anträge und die Art ihrer Erledigung.

Da sind zunächst die Anträge, die sich mit der Sonn- und Feiertagsarbeit befassen, also mit Dingen, die eigentlich von sekundärer Bedeutung sind, da die Sonntagsarbeit in unserem Gewerbe praktisch wohl sehr wenig in die Erscheinung tritt. Unsere Vertreter nehmen sich dennoch ihrer sehr fürsorglich an. Und das Resultat? Die Erhöhung der Entschädigung von 45 auf 60 Pfennig pro Stunde wurde abgelehnt, und der Antrag, wonach schon bei dreistündiger Sonntagsarbeit eine halbstündige Pause zu gewähren ist, wurde zurückgezogen. Auch das so harmlos schmeckende Wörtchen »tunlichst« wollten die Prinzipale nicht missen und lehnten dessen Streichung ab.

Lakonisch heißt es im Beschlußprotokoll weiter, daß bei den Anträgen zu Paragraph 5 der Prinzipalsantrag angenommen wurde. Nach diesem Antrage können künftig in Orten, die vom Orte des Arbeitsnachwases durch größere Entfernungen getrennt sind, Kündigungsfristen bis zu vier Wochen vereinbart werden unter der Voraussetzung, daß in dem betreffenden Betriebe und in der betreffenden Sparte nur eine Person beschäftigt ist. Die Störung der Einheitslichkeit der Kündigungsfristen, die bisher schon durch das System der Spezialarbeiter bestand und die unzweifelhaft eine Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit für die Organisation bedeutet, ist damit von neuem wieder festgelegt. Zeugt denn nicht schon die Arbeitslosenstatistik von einer Überproduktion an Arbeitskräften und spricht somit gegen die Zulassung solcher Durchlöcherungen der einheitlichen Kündigung? Welche Interpretation die Worte »größere Entfernung« erfahren, ist vorerst noch abzuwarten. Fest steht aber jetzt schon, daß sich in Zukunft eine ganze Anzahl von Gehilfen, namentlich Photographen und Nachschneider, gegen ihren Willen vierwöchentliche Kündigungsfristen gefallen lassen müssen. Die Annahme des vorbezeichneten Antrages hatte die weitere Beschlußfassung zur Folge, daß alle sonstigen zu Paragraph 5 vorliegenden Abänderungsanträge — und das sind die der Gehilfen — dem Tarifamt zur Beratung und Beschlußfassung zu überweisen sind. Wer hegt noch Hoffnungen?

Ein weiterer Antrag, der die Selbstverständlichkeit der Lohnzahlung eine halbe Stunde vor Feierabend verlangte, wurde zurückgezogen. Dafür aber wurde zu Protokoll erklärt, daß der Gehilfe berechtigt ist, den empfangenen Lohn unter Vorbehalt anzunehmen. Mit Verlaub, was heißt denn das? Soll etwa auch hier eine umschriebene Verbesserung eingeschmuggelt werden?

Well angeblich mißbräuchliche Benutzung nicht ausgeschlossen ist, lehnten die Unternehmer weiter den Gehilfenantrag ab, der die Entschädigung versäumter Arbeitszeit bei Wahrnehmung des Wahlrechts sowie für Gänge zum Arzt forderte. Diese Einschätzung eines Teiles der Mitgliedschaft ist zunächst einmal eine Beleidigung in hypothetischer Form, die wir allerdings nicht allzu tragisch zu nehmen brauchen. Weiter aber dürfte es bei der bekannten politischen Regsamkeit unserer Unternehmer wohl keinem Gehilfen gelingen, durch etwa frei erfundene Wahlen sich Vorteile, freie Zeit zum Spazierengehen auf Kosten der Prinzipale zu erschwindeln. Blicke noch der Gang zum Arzt. Auch hier haben es die Unternehmer jederzeit in der Hand, durch allerlei Kontrollen etwaigen Mißbräuchen entgegenzusteuern. Zugegebene Einzelversuche derartig zu verallgemeinern, um damit die Ablehnung solcher durchaus berechtigten Forderungen zu begründen, ist absurd.

Der Ablehnungswut der Unternehmer fielen weiter noch zum Opfer der Antrag, der die Zulässigkeit der Fräser als Gehilfen regeln sollte, sowie der Antrag, wonach der Jurist nur an den Verhandlungen über Berufungssachen teilnimmt. Als »Wunsch« der Gehilfen wurde ins Protokoll noch aufgenommen der Antrag, der erhöhte Aufmerksamkeit für die hygienischen Einrichtungen und das Aufstellen von Aetzmaschinen in besonderen Räumen verlangte. Wir sind über die zweckmäßige Behandlung und Erledigung solcher Forderungen anderer Meinung. Nicht um Wünsch handelt es sich, die man durch Protokollierung einfach abtut, sondern um berechtigte Forderungen, die rückhaltlos anzuerkennen einfach eine soziale Pflicht ist.

Einige Nebensächlichkeiten, wie das Recht der mit Kolophonium arbeitenden Strichhüter, bei englischer Arbeitszeit sich fünf Minuten vor Beginn der Mittagspause zu waschen, sollen hier keine Erwähnung mehr finden. An dem Gesamtergebnis ändern sie nichts. Nicht unerwähnt aber soll noch der Prinzipalsantrag bleiben, der nichts weniger als die Verlängerung der Arbeitszeit ganz generell von 48 auf 50 Stunden pro Woche forderte. Dieser Antrag, den als einziger in der Beratungsvorlage eine längere Begründung auszeichnete, stellte entweder eine unerhörte Provokation oder aber einen etwas derben Bluff dar. Für die Gehilfenschaft war natürlich angesichts der reichlich 90 Prozent, die heute schon 48 Stunden und darunter arbeiten, solch ein Antrag völlig undiskutabel. Die Arbeitszeit ist so wie bisher festgelegt geblieben, der Prinzipalsantrag fand keine Annahme; als Symptom der Stimmungen und Absichten im Unternehmerlager aber wird er in Gehilfenkreisen fortleben.

Alle bis jetzt angeführten, nunmehr tarifliche Bestimmungen gewordenen Anträge bedeuten in ihrer Gesamtheit keinen Fortschritt. Sie haben entweder bereits bestehende Zustände auf weitere fünf Jahre verlängert, oder aber Verschlechterungen, wie das Minimallohnsystem ohne Zweifel eine ist, gebracht. Es ist ganz selbstverständlich, daß beide Parteien bei der Beratung der Revisionsvorlage den guten Willen haben und zeigen müssen, zwecks Verständigung und Einigung Konzessionen zu machen. Niemand wird erwartet haben, daß nun die Gehilfenanträge durch restlose und unveränderte Annahme tarifliche Gesetze würden. Daß es aber ausschließlich die Gehilfen waren, die Haare lassen mußten, mußte umsoher enttäuschen. Wohl geht man unter Umständen Verschlechterungen beim Tarifabschluß mit ein, aber nur dann, wenn ihnen auch wesentliche Verbesserungen und Fortschritte gegenüberstehen. Weist denn nun der neue Tarif Verbesserungen auf? Sind sie solcher Art, daß sie wenigstens in etwas einen Ausgleich bedeuten gegenüber den Verschlechterungen? Die erste Frage ist zu bejahen, dagegen muß die zweite verneint werden. Die Verbesserungen, die einzig und allein in der Tatsache der Erweiterung des Vertragsgebietes bestehen, sind nicht dazu angetan, die Gehilfenschaft mit dem Tarifabschluß auszuöhnen. Was bedeutet die Erweiterung des Vertragsgebietes ganz allgemein und für die Gehilfen im besonderen? Diese Frage soll uns nun als letzte beschäftigen.

Der Tarif ist abgeschlossen von Allgemeinheit zu Allgemeinheit. Zukünftig bilden also nicht mehr der Bund der chemigraphischen Anstalten und die Verbandsgruppe der Chemigraphen und Kupferdrucker die Vertragsparteien, vielmehr gehört diesen jeder der Tarifgemeinschaft sich anschließende Prinzipal und Gehilfe an. Die beiderseitige Zugehörigkeit zur Organisation ist nicht mehr Vorbedingung. Damit ist die Zwangsorganisation und mit ihr die Preiskonvention in ihrer bis dato bestehenden strengen Form gefallen. Und das ist der einzige Vorteil, den der neue Tarif der Gehilfenschaft bietet. Die Preiskonvention in ihrer jetzigen Form ist beseitigt, und zwar auf Antrag der Unternehmer, derselben Unternehmer, die 1903 erklärten, für sie stehe und falle der Tarifabschluß mit der Preiskonvention. Es geschahen wirklich noch Zeichen und Wunder und Ben Akiba ist wieder einmal Lügen gestraft worden. Nun, wir haben jedenfalls keine Veranlassung, der Preiskonvention eine Träne nachzuweinen. Sie erforderte unsere Gegnerschaft aus prinzipiellen Gründen sowohl als auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Einmal darf es nicht Sache der Arbeiter sein, den Warenpreis auf dem Markte mitzubestimmen und etwa zu steigern; zum andern aber hinderte die Preiskonvention die Gehilfen an freier Machtentfaltung und verringerte die Arbeitsgelegenheit.

Jedoch streiten wir uns jetzt nicht mehr um den Wert oder Unwert der Konvention, sondern versuchen wir die neugeschaffene Situation schnellstens zu begreifen und uns ihr anzupassen. Und da ist es eine ernste Frage, die wir uns in erster Linie vorzulegen haben. Der Tarifabschluß von Allgemeinheit zu Allgemeinheit, der die Beseitigung der Zwangsorganisation mit Preiskonvention in sich schließt, ist vorgenommen worden auf Antrag der Unternehmer. Was hat nun die Unternehmer bezogen, auf solch einschneidende Veränderungen zu dringen, die noch dazu ganz im Gegensatz stehen zu ihren bisherigen Ansichten? Im Interesse der Gehilfen haben sie es ganz gewiß nicht getan. Wir müssen verschiedenerlei Mutmaßungen anstellen, um nicht dereinst von den Dingen überrascht zu werden. Es ist nicht ausgeschlossen, jedoch unwahrscheinlich, daß die Unternehmer die Unmöglichkeit einsehen gelernt haben, etwa mit Hilfe der Preiskonvention die nicht dem Bunde angeschlossenen Firmen existenzfähig zu machen. Es beginnt ihnen viel-

in Hinsicht auf die kommende berufstechnische Entwicklung. Das Bestreben, diese rationell zu bewerten, ließ ihnen die Konvention, wie sie bis heute bestand, als hinderlichen Ballast erscheinen, der schleunigst über Bord muß. Gewiß gründen die Unternehmer nach wie vor Interessensverbände zwecks Durchführung einer Preiskonvention, doch haben sie dabei nicht mehr nötig, sich wie bisher von den Gehilfen in die Karten gucken zu lassen. Mag dem sein wie ihm wolle, für die Gehilfen heißt es für alle Fälle auf der Hut zu sein. Beim Tarifabschluß 1903 benutzten die Unternehmer die Preiskonvention als eine Art Pressionsmittel, um so die Gehilfen für einen Abschluß gefügiger zu machen. Die Preiskonvention war damals für die Gehilfen geradezu der Ankerpunkt für den Tarifabschluß. Die Gehilfen stimmten ihr zu in der Erkenntnis, daß nur tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine ruhige und stete Fortentwicklung des Gewerbes garantierten. Beim diesmaligen Abschluß mußte als Pressionsmittel das Minimallohnsystem erhalten. Die Unternehmer erklärten einfach, für sie sei ein Tarif ohne Festsetzung solcher Minimallöhne unannehmbar. Auch diesmal stimmten die Gehilfen resp. deren Vertreter, daß Maß des erforderlichen Entgegenkommens dabei weit überschreitend, dem Verlangen der Unternehmer zu in dem Bestreben, den Frieden im Gewerbe zu erhalten. Der Friede von 1912 aber ist erkauft ganz und gar auf Kosten der Gehilfen und er wird und muß sich deshalb sehr bald als ein Trugschluß erweisen. In seinem vortrefflichen Werke »Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften« sagt Adolf Braun u. a.: »Es scheinen Erwägungen im Gange zu sein, um von den Tarifen als einer neuen Grundlage zur Bekämpfung der Arbeiterorganisation auszugehen.« Diese Worte wollen wir uns angesichts unseres neuen Tarifes tief einprägen.

Was ist nun zu tun? Diese Frage drängt sich uns jetzt geblendet auf. Den Tarif der Nichtbeachtung preisgeben, wie dies die Berliner Kollegenschaft in Aussicht gestellt hat? Das geht natürlich nicht. Als Ausdruck der Empörung über das erbärmliche und klägliche Resultat der Verhandlungen wird sich jeder einzelne Kollege dem Protest der Berliner voll und ganz anschließen. Etwa aber in die Praxis umgesetzt, würden sich die Kollegen an den harten Mauern des Organisationsstatutes den Kopf zerschellen. Die Haltung der Unternehmer ist eine Kampfansage und als solche müssen wir sie hinnehmen und unser Verhalten danach einrichten. Wir müssen unsere Macht steigern, die Organisation stärken, Kampffonds ansammeln. Mehr wie bisher müssen wir unseren Kollegen gewerkschaftliche Erziehungsarbeit angedeihen lassen, mehr Schulung im Geiste der Solidarität und Kollegialität. Vor allem aber muß das Auskunftssystem mehr ausgebaut und von jedem einzelnen Kollegen auf das gewissenhafteste und pünktlichste angewandt werden. Nicht zuletzt aber müssen wir — und das sei mit allem Nachdruck an dieser Stelle hier einmal betont — einen demokratischeren Ausbau unserer tariflichen Organe und Instanzen beziehungsweise unseres gesamten Vertretersystems fordern. Es geht in Zukunft einfach nicht mehr an, daß eine so verhältnismäßig geringe Zahl von Gehilfen für solch einschneidende Veränderungen die ungeheure Verantwortung ganz allein übernimmt. Die Stuttgarter Generalversammlung hat in richtiger Erkenntnis solcher Tatsache eine Ergänzungsresolution angenommen, die besagt, daß anlässlich wichtiger Entscheidungen bei großen Lohnbewegungen die Verantwortung dafür einer außerordentlichen Generalversammlung zu übertragen ist. Nach einem ähnlichen Modus muß auch bei uns Chemigraphen verfahren werden, damit sich unsere Vertreter zukünftig nicht wieder derartig in Widerspruch setzen zu den Ansichten und Forderungen der Gesamtgehilfenschaft, als es diesmal leider zu verzeichnen ist.

»Sollte der Unternehmerverein etwa später einmal versuchen, uns ungünstigere Tarifverträge aufzuzwingen, so wird er die gesamte Gehilfenschaft organisiert und durch die Organisation zum Widerstand erzogen finden.« — So schrieb Kollege Hehr im März 1904 in Nr. 26 Band I der »Neuen Zeit«. Die Voraussetzungen, von denen damals der Kollege Hehr ausging, sind heute nach zehn Jahren da. Zeigen wir nun, daß die gesamte Gehilfenschaft durch die Organisation zum Widerstand, zum Kampf nicht nur erzogen, sondern auch bereit ist. L. S. D.

Technischer Unsinn und anderes im neuen Chemigraphentarif.

Der Abschluß des neuen Tarifes hat bei den Chemigraphen eine große Enttäuschung hervorgerufen. Wünsche in keiner Weise

neuen Tarif haben Befunden, die nach menschlichen der Gehilfen wirken tenkollegen ist deshalb ht etwa aus Verärgerung or zu werfen und die , sondern erst recht fest und sich seiner zu be- n Abwehr etwaiger Ver- Verhältnisse verschlech- hemigraphen gegenüber so einig wie in der Ver-

urteilung des neuen Tarifes, dann wird es möglich sein, Schädigungen abzuwehren. Mehr denn je ist gerade jetzt bei den Chemigraphen vollste Einigkeit nötig.

Was mich veranlaßt, zur Tarifffrage der Chemigraphen Stellung zu nehmen, ist die betäubende Tatsache, daß zwei Berufsgruppen, die Tiefdrucker und die Offsetdrucker, dem neuen Tarif unterstellt worden sind, ohne daß sie befragt wurden. Sie wurden gegen ihren Willen unter den Chemigraphentarif gestellt. Gegen diese Art Gewerkschaftspolitik muß auf das Entschiedenste protestiert werden. Ein solches Vorkommnis steht in der gesamten Gewerkschaftspolitik einzig da. Bisher war immer unser Grundsatz, daß dem Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu denen er schaffen soll, zustehe. Dieser Grundsatz war bisher Gemeingut der modernen Gewerkschaftsbewegung. Unserem Verbands blieb es vorbehalten, dieses Prinzip zu durchbrechen. Wir haben demnach in Zukunft kein Recht mehr, bei Verhandlungen mit den Unternehmern auf unser Mitbestimmungsrecht hinzuweisen, denn wir haben es uns selbst genommen. Dafür müssen wir uns bei den Teilnehmern an den Verhandlungen über den Chemigraphentarif bedanken.

Das Bedauerlichste hierbei ist, daß die Gehilfenvertreter bewußt gegen einen blindenden Beschluß einer gemeinsamen Sitzung der Zentralkommissionen aller Branchen und der Berliner Tiefdruckkommission gehandelt haben. Als sich die Jenaer Chemigraphenkonferenz auf den Standpunkt stellte, den Tiefdruck als ein Arbeitsgebiet der Chemigraphen zu erklären, rief sie den heftigsten Widerspruch aller im Tiefdruck beschäftigten Kollegen hervor. Die obenbenannte Sitzung beschäftigte sich eingehend mit dieser Frage und da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde beschlossen, der Stuttgarter Generalversammlung die Entscheidung zu überlassen. Über diesen Beschluß haben sich die Chemigraphenvertreter hinweggesetzt. Einen triftigen Grund können sie hierfür nicht anführen, denn die Prinzipalvertreter waren bereit, ihre Artzele betreffend Einbeziehung des Tiefdruckes zurückzuziehen. Die Tiefdrucker brauchen aber keinen Vormund und sind in der Lage, mit Hilfe der Organisation ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Bisher waren wir immer recht stolz darauf, daß innerhalb unseres Verbandes die einzelnen Berufssparten vollste Selbständigkeit haben. Den Tiefdruckern und den Offsetdruckern hat man diese verweigert.

Die Unterstellung der Offsetdrucker unter den Chemigraphentarif ist, allgemein betrachtet, ein vollendeter technischer Unsinn. Soweit eine Druckplatte bzw. die Originalplatte auf photomechanischem Wege hergestellt wird, wird kein Mensch bestreiten wollen, daß es eine Arbeit ist, die den Chemigraphen zusteht. Mit welchem Recht aber die Offsetdrucker unter den Tarif gestellt wurden, wird einem jeden ein Rätsel sein. Logischerweise müßten alle Illustrationsdrucker des Buchdrucks, soweit sie Arbeiten der Chemigraphen drucken, und alle Steindruckdrucker, die Arbeiten in Steinauto oder die auf photomechanischem Wege hergestellten Platten drucken, unter den Chemigraphentarif gestellt werden. Ich neige der Auffassung zu, daß die Kollegen keine Ahnung hatten, was Offsetdruck ist. Offsetdruck ist Wider- oder Abklatschdruck und die Art der Herstellung der Druckplatte spielt hierbei keine Rolle. Ferner muß in Betracht gezogen werden, daß gegenwärtig neun Zehntel der Arbeiten, die auf Offsetmaschinen gedruckt werden, lithographischen Ursprungs sind und daß für die Zukunft eine stärkere Belebung der Merkantillithographie durch diese Maschine bestimmt zu erwarten ist. Umso größer erscheint der Widerspruch, den Offsetdruck dem Chemigraphentarif zu unterstellen.

Aufgabe der Tiefdrucker und der Offsetdrucker ist es, sich ihrer Haut zu wehren. Die Chemigraphenvertreter hatten kein Mandat, die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Sparten zu tarifieren und die Zentralkommission der Steindruckdrucker und die neuwählende der Tiefdrucker haben hier eine gemeinschaftliche Aufgabe zu erledigen. Über den einschneidenden Weg müssen sich beide verständigen. Cz.

Aus den Sektionen.

Berlin (Chemigr.). Zum Tarifabschluß der Chemigraphen und Kupferdrucker nahmen die Chemigraphen Berlins in zwei stark besuchten Mitgliederversammlungen am 7. und 14. August Stellung. Die erste Versammlung nahm den Bericht der Vertreter bei den Tarifverhandlungen über den neu abgeschlossenen Tarif entgegen. In der sehr erregten Debatte wurde festgestellt, daß der neue Tarif durchaus keine Vorteile, sondern nur Nachteile gebracht hat. Durch die bereits im »Vorwärts« veröffentlichten Artikel wurde der Ansehens erweckt, als ob ganz bedeutende Verbesserungen erreicht wurden. Alles, was im »Vorwärts« angegeben wurde, bestehe schon seit 1903 resp. 1908. Neu sei nur das Fallenlassen des Organisationszwanges, die Regelung der Mindestlöhne, sowie die Aufnahme der Tiefdruckbranche in den Tarif. Die neue Lohnskala setzt uns für 16 Sparten Mindestlöhne fest, die wesentlich niedriger als die bisher gezahlten allgemeinen Löhne heranreihen, aber die Gefahr in sich tragen

zu Maximallöhnen zu werden, umso mehr, da jeder durch den paritätischen Arbeitsnachweis vermittelte Gehilfe verpflichtet ist, zum Mindestlohn anzufangen. Er könne dann am ersten Zuzugelange verlangt oder wieder kündigen. Außer dem Fortfall des Organisationszwanges, der auch dem Wunsche der Gehilfen entspricht, sei nur eine geringe Verbesserung der Lehrlingskalkula erreicht worden. Der neue Tarif wird nun von den Gehilfen als Kampfansage der Unternehmer aufgefaßt und die Gehilfen werden Mittel und Wege suchen, den Verschlechterungen wirksam entgegenzutreten. Eine zum Schluß vorgenommene Abstimmung ergab, daß die ganze Versammlung mit dem neuen Tarifabschluß nicht einverstanden ist. — In der zweiten Versammlung, die von 550 Gehilfen besucht war, lautete der Hauptpunkt der Tagesordnung: »Aussprache über den neuen Tarifabschluß«. In der sehr erregten Debatte wurde der Tarifabschluß von sämtlichen Diskussionsrednern scharf verurteilt und folgende Resolution einstimmig angenommen: »Da der neue Tarifabschluß im Chemigraphiegewerbe für uns als die darin beschäftigten organisierten Gehilfen nichts wie Nachteile mit sich gebracht hat, erklären die versammelten Chemigraphen, daß der von unseren Vertretern mit der Prinzipalität abgeschlossene Tarifvertrag für uns in dieser Form nicht als bindend angesehen werden kann. Die Festlegung einer Lohnskala, welche Mindestlöhne vorsieht, zu welchen jeder durch den paritätischen Arbeitsnachweis vermittelte Gehilfe anzufangen hat, wodurch naturgemäß die Mindestlöhne zu Höchstlöhnen werden, bedeutet für unsere gestellten Anträge eine direkte Verhöhnung. Wir werden also mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln eingreifen, um einen Tarifabschluß unseres Sinnes zu erkämpfen. Die Gehilfen können unter allen Umständen behaupten, daß sie diesen Tarif nicht einzuhalten im Stande sind, und suchen deshalb eine neue Verhandlung herbeizuführen, um unausbleibliche schwere Kämpfe zu vermeiden.« Beschlossen wurde ferner, diese Resolution der Generalversammlung in Stuttgart telegraphisch zu

übermitteln und im Vorwärts und anderen arbeiterfreundlichen Blättern veröffentlichen zu lassen.
Magdeburg (Chemigr.) Am 6. September fand hier eine Branchenversammlung der Chemigraphen statt. Kollege Gerhardt gab den Bericht von den Tarifverhandlungen, der eine lebhafteste Diskussion zeitigte. Das Ergebnis der Versammlung wurde in folgender Resolution festgelegt: »Die Chemigraphen Magdeburgs erklären, daß sie mit dem Neuabschluß des Tarifs auf dieser Basis nicht zufrieden sein können, da er für die Gehilfenschaft mit geringen Ausnahmen, nur Nachteile bringt. Sie bedauern, daß unsere Vertreter solche einschneidenden Veränderungen ihre Zustimmung gegeben haben. Jedoch in Erwägung der Tatsache, daß an dem Abschluß zunächst nichts zu ändern ist, macht es sich jeder Kollege zur Pflicht, den Solidaritätsgedanken mehr als bisher weiter zu pflegen und die Organisation nach Kräften zu unterstützen. Dadurch allein wird es möglich sein, der beabsichtigten Verschlechterung der Lohnverhältnisse zu begegnen.«

Die Tapetenbranche.

Aus den Sektionen.
Bramsche. In unserer am 21. August abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete der Kollege Schubart den Bericht von der Generalversammlung, welcher von den Kollegen aufmerksam entgegen genommen wurde. Besonders interessierte die Kollegen die Erledigung der Frage der Schaffung eines graphischen Industrieverbandes, das Referat über das Lehrlingswesen und die Stellungnahme zur Volksfürsorge. Letztere wurde den Kollegen warm empfohlen. Alsdann kamen insbesondere die Mißstände in der Formstedenbranche zur Sprache. Lebhaft bedauerten die Kollegen die große Zahl der Lehrlinge. Auch in der hiesigen Siederei sollen, wie wir erfahren, zu Ostern wieder einige Lehrlinge eingestellt werden. Leider muß auch diesen jungen Leuten im Voraus gesagt werden, daß sie

das gleiche Schicksal wie uns treffen wird. Ebenso bedauerlich ist das auch hier immer tiefer eingreifende Helmarbeiterübel. Es muß gesagt werden, daß die hiesige Firma auch hierin nicht zurücksteht. Diese Tatsache hindert jedoch einige Kollegen noch nicht, das Gleiche zu tun, indem sie die Feierabendstunden der Helmarbeit opfern. Wenn hierin einmal an Orte eine Besserung eintreten soll, müssen sich noch recht viele Kollegen auf ihre Pflichten ihren Mitmenschen gegenüber besinnen.

Coswig i. S. In unserer Monatsversammlung vom 30. August gab Kollege Peters-Dresden einen ausführlichen Bericht über die Generalversammlung, der allgemeines Interesse erregte. In der Debatte wurde scharf kritisiert, daß sich diesmal wieder unser Antrag auf Einführung einer zweiten niedrigeren Beitragsstaffel abgelehnt wurde. Die geringe Majorität, die unsern Antrag ablehnte, läßt die Hoffnung zu, daß er auf der nächsten Generalversammlung angenommen wird. Wenn sich auch die Formsteden im allgemeinen an den hohen Beitrag gewöhnt haben, so würde eine niedrigere Beitragsklasse doch zweifellos dem Gesamtverbande von großem Nutzen bei Gewinnung neuer Mitglieder sein, die den hohen Wert einer Organisation noch nicht erkannt haben, oder deren Lohn so niedrig ist, daß sie den hohen Beitrag nicht erschwingen können. Der zweite Antrag, Einführung der Verhältnismahlen, wurde ebenfalls abgelehnt, obgleich es doch ein Gebot der Gerechtigkeit ist, in einem Verbandsverbande mit so ungleich großen Sparten ein solches Wahlsystem einzuführen. — Im Kartellbericht wurden alle Kollegen aufgefordert, sich vollständig an den Krankenkassenwahlen zu beteiligen. Da der Wahlzwang vom Kartell beschlossen worden ist und zum ersten mal das Verhältniswahlsystem bei den Ortskrankenkassenwahlen zur Anwendung kommt, ist zu erwarten, daß sich alle Parteien lebhaft daran beteiligen. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, die Versammlungen immer so zahlreich zu besuchen.

Stellenangebote

Zwei wirklich erstklassige
Masch.-Retuschreure
 in angenehme Stellung gesucht. Offerten mit Mustern an
A. Krampolek, k. k. Hof-Kunstanstalt, Wien IV., Viktorgasse 14.

Wegen Eintritt zum Militär gesucht ein
Photograph
 für Schwarzauto, der zugleich kopiert und ein

Autoätzer,
 perfekte Kraft, für dauernde Stellung gesucht. Gehaltsansprüche etc. an
W. Roller, Regensburg, Untere Bachstraße 10. (330)

Prima Autoätzer,
 sicher im Abdecken und Verlaufen, gesucht. Köhler & Lippmann,
Braunschweig (150)

Für sofort oder später suchen wir einen tüchtigen
Kopierer.
J. G. Huch & Co., G. m. b. H., Braunschweig. (180)

Kartograph,
 für graphisch-statistische Darstellungen und Landkarten. Sorgfältige Schrift verlangt. Sofortiger Eintritt erwünscht. Muster mit Gehaltsansprüchen sowie nähere Angaben an
Lips & Co., Bern (Schweiz). (240)

Lithograph
 für Merkantil und Bunt nach Bombay gesucht. Muster u. Gehaltsansprüche an
W. Volandt, The Bolton fine art litho Works, Brt. India, Tardeo-Bombay.

Junger, flinker und exakter
Holzstecher
 könnte sofort eintreten bei (180)
A. Surber, Formstecherei, Goldach bei Rorschach (Schweiz).

Verschiedenes

Freie Fachschule für das graphische Gewerbe
 Berlin-Neukölln, Spremberger Straße 11
Vorbereitungskurse
 für das Buch- u. Steindruckgewerbe zur Meisterprüfung sowie zur Ausbildung als Kontor- u. Betriebsbeamter.
Kurse zur Ausbildung als Zeitungs- u. Reklamefachmann
Spezialkurse: Entwerfen von Reklamedrucksaßen, Inseraten und Schriftzweckreihen, Tonplattenschnitt, Kalkulation von Buch- und Steindruckarbeiten, Buchführung, kaufm. und allgemeines Rechnen.
Briefl. Unterricht: Vorbereitungskurs für die Meisterprüfung für das Buch- u. Steindruckgewerbe; Kalkulation von Buch- u. Steindruckarbeiten sowie Papierkunde; Tonplattenschnitt.

Kurse zur Einführung in das Offsetverfahren
 (zur Verwendung kommt die Mann-Offsetpresse) — Kostenfreie Zusendung des Programms 1913/1914 erfolgt auf Wunsch!
Kl. Buchdruckeret, kompl. (vorzgl. Material) im Kundsch., sof. f. 800 M. z. verk. Richte ein. Off. unt. N. 988 an Daube & Co., Leipzig.

Graphische Fachklassen
 Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbebesuch
Barmen

„Matt-Lack“ Bester Farbenkleben, Hart-, Blankwerden und Aufreiben der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.

„Harmalein“ Vorzüglicher weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“ Gibt festhaltende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. Gegen Nachnahme. Kunden erhalten neuestes Tonschutzezept gratis. F. Hanke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60. (300)

Roulett-, Fadenstichel
Präser u. s. w. in bester Ausführung fertigen
Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Wischwalzen - Schläuche
 ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert
Edmund Behnisch, Luckenwalde.

Vertreter an allen größeren Plätzen. 1a. Zeugnisse.

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umf. Preis inkl. Porto 85 Pt.
Alots Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pt.
Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Wellandt. Preis inkl. Porto 85 Pt.
Senefelders Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks vom Jahre 1821. Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder 4,50 Mk., sonst 7,50 Mk.
 Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkenditz.

Verbandsnachrichten

Schramberg.
 Vorsitzender und Auskunftserteller ist
Kurt Springer, Schramberg, Bahnhofstraße 9.

Frankfurt a. O.
 Kassierer und Unterstützungsauszahler ist vom 1. Oktober ab Kollege
Alfred Kraft, Frankfurt a. O., Bergstraße Nr. 17.

Wollen Sie Ihr Inserat
 pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

Totenliste.

† Am 16. Juli in **Dresden Wilhelm Görres**, Lichtdrucker aus Trier, 29 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 24 Wochen. — Eingetreten in Dresden am 1. August 1904.
 † Am 16. August in **Bielefeld Albert Gremmelspacher**, Lithograph aus Freiburg i. B., 40 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 28 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Bielefeld am 25. August 1901.
 † Am 17. August in **Frankfurt a. M. Christian Preusch**, Steindruck aus Nidda in Hessen, 69 Jahre alt, an Altersschwäche und Augenleiden. Invalide seit 25. Januar 1903. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 1. Januar 1893.
 † Am 22. August in **Nürnberg Christof Haries**, Hilfsarbeiter aus Wunsiedel, 58 Jahre alt, an Darmkatarrh, krank 4 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Nürnberg am 1. Januar 1893.
 † Am 26. August in **Breslau Paul Lömel**, Steindruck aus Breslau, 27 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 48 Wochen. — Eingetreten in Breslau am 12. April 1904.

† Am 3. September in **Mainz Richard Scholz**, Steindruck aus Nieder-Schönfeld, 23 Jahre alt, an Magen- und Darmleiden, krank 27 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Bunzlau am 3. Januar 1909. Vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 5. Juli 1908.

† Am 7. September in **Cöln a. Rh. August Gündel**, Steindruck aus Zeddelsdorf Kreis Sagan, 67 Jahre alt, an Herzschlag. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 18. Oktober 1895.